



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Verlage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswoche“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
verhandlungen der „Volkswoche“, Neue Kampenstraße Nr. 5 und Neue
Luisenstraße 11, sowie durch alle Ausläger zu beziehen. — Bezugspreis im
Vorjahr 1927 wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn. 0,30 Rmt.
monatlich 1,75 Rmt. + 88 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmt. Durch die Volkswoche
Zeitungsgesellschaft 0,40 Rmt.

Anverlangt eingelieferte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Kilometer für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Steueranzeige, Vereins-,
Sammelungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro
Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Sammlung
müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion
Klostergasse 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postleitzahl: Postleitzahl Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, fil. Breslau

Anverlangt eingelieferte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Der Weg zur Katastrophe.

Die führerlose Finanzpolitik. — Die maklose Heze der Agrarier Neuer Arbeitervertrag des Zentrums.

Das Agitationsbedürfnis der Deutschen nationalen droht zu einer Staatsgefahr zu werden. Durch eine monatelange Agitation ist die Landbevölkerung aufgeheizt worden und steht nun, weil die rückläufigen Forderungen nicht erfüllt werden können. Die Gewissenlosigkeit der Deutschen nationalen und des Landbundes kennt keine Grenzen. In der Berliner „Deutschen Zeitung“ ruft der „ehemalige königliche Landrat“ von Herzberg die Bauern auf, auf die Straße zu gehen. Im Haupthausschuss des Reichstages hat der Bauernbündler Kling dasselbe getan und mit dem Sturm auf die Finanzämter gedroht. Der pommersche Landbundsführer Jandrey erklärt, die Linte liege schon am Pulversack und die Sozialdemokraten hätten die Revolution nicht allein in Erbpacht genommen. Selbstverständlich fehlt auch die Drohung mit dem Produktionsstreik der Landwirtschaft.

Was tut dagegen die Reichsregierung? Dass der Reichsnährungsminister Schiele, selber ein Landbundsführer, wenn er auch nicht alle Neuerungen billiger mag, hinter dieser Heze steht und die unerfüllbaren Forderungen vertreibt, ist selbstverständlich. Einiges anderes aber sollte man von dem Reichsnährungsminister Dr. Köhler erwarten, dem die ungeheure schwierige Aufgabe obliegt, die Reichsfinanzen in Ordnung zu halten, neue Steuerlasten zu vermeiden und unerfüllbaren Wünschen entgegenzutreten. Aber wenn die offizielle Nachricht richtig ist, dass zwischen Herrn Schiele und Herrn Köhler in Wirklichkeit keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, dann hat Herr Dr. Köhler auch in diesem Fall sehr weitgehende Konzessionen gemacht und dem Druck der von den Deutschenationalen entfesselten Agitation mehr nachgegeben als sachlich vertreibbar ist.

Auf steuerlichem Gebiet haben die Agrarier die Übernahme der Rentenbank-Grundschuldzinsen in Höhe von 15 Millionen auf die Reichskasse verlangt. Nach Mitteilungen der „Germania“ hat der interfraktionelle Ausschuss diesen Plan fallen gelassen, weil ihm wesentliche reparationspolitische Bedenken entgegenstehen. Statt dessen hat man die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu einer Reihe anderer steuerlicher Maßnahmen erteilt. Die Richtsätze für die Einkommen- und Umsatzsteuer für die nicht buchführenden Landwirte sollen bei den Abschlüsse- und Vorauszahlungen der Abholzage angepasst werden. Die Zinsen für die Steuerüberschüsse will man niederschlagen. Mit diesen Plänen könnte man sich einverstanden erklären. Die buchführenden Landwirte, also die Großgrundbesitzer, zahlen ohnedies nur in den seltensten Fällen Einkommensteuer. Das neue Zugeständnis kommt also im wesentlichen den Klein- und Mittelbauern zugute, bei denen mit Recht eine grobe Empörung besteht, weil sie durch die bisherige Gesetzgebung steuerlich wesentlich stärker belastet wurden als die Großgrundbesitzer. Da der Gesamtertrag der Einkommensteuer, die die Landwirtschaft zahlt, wesentlich unter hundert Millionen bleibt, so ist die Anpassung der Richtsätze auch finanziell von nicht allzugroßer Bedeutung.

Andererseits steht es aber mit der Sicht der Erreichung der Vermögenssteuererziehung bei der Landwirtschaft. Es wird daran gedacht, eine oder gar zwei Stufen der Vermögenssteuer vollständig zu erlassen. Das würde einem Steuererlass von etwa 50 Millionen gleichkommen, den einen der wesentlich größere Teil dem Großgrundbesitz zugute käme. Zu einem solchen gewerbenen Steuererlass liegt aber nicht die geringste Berechtigung vor. Es profitieren von ihr nicht nur reichen Landwirte, die sich in unverschuldetem Notlage befinden sondern alle Landwirte ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse und ohne Rücksicht auf die Rentabilität ihrer Unternehmungen. Das ist sachlich unberechtigt. Denn was der Landwirtschaft reicht ist, das ist anderen Gewerbsständen billig und wenn mit dem Abbau der Vermögenssteuer begonnen wird, dann wird es bald mit den anderen Vermögenssteuern vorbei sein.

Aber gerade mit diesem Plan scheint der Reichsnährungsminister Dr. Köhler einverstanden zu sein. Es verläuft nicht einmal davon, dass er dagegen Widerstand geleistet habe und wie der dadurch entstehenden Ausfall von 50 Millionen deßen will. Herr Köhler steht also vor der Agitation der Agrarier fest: er kapitulierte zu haben.

Wie anders stand es doch im Dezember da, als es um die Erfüllung des gelegten Anspruchs der Lohnbezücher der Gewerkschaften der Schaffensarbeiter kam. Damals bei Herrn

Köhler nicht nachgegeben. Damals redete er von den leeren Kassen des Reiches. Damals zwang er die Regierungsparteien, die Leg Brüning zu mißachten und die Lohnsteuerbelastung zu erhöhen. Es handelt sich eben um Arbeiter, nicht um Agrarier.

Herr Köhler ist aber auch sonst ein schwacher Mann, wenn es sich um Wünsche seiner eigenen Regierungsparteien handelt. Sein Gelehrtenwurf über die Schlüsse Regelung der Liquidationsfräden ist nach den bisherigen Angaben der Reichsregierung das äußerste, was mit dem Finanzinteresse des Reiches zu vereinbaren ist. Aber kaum waren die Regierungsparteien eine nach der anderen aufgestanden und hatten weitergehende Forderungen zugunsten der großen Kapitalisten vertreten, da wurde Herr Köhler weich und man rechnet bereits ziemlich sicher damit, dass er auch auf diesem Gebiete jetzt plötzlich zur Hergabe weiterer Reichsmittel bereit sei.

Von einer Führung in finanzpolitischen Dingen ist bei der gegenwärtigen Regierung ebenso wenig etwas zu spüren wie in den anderen Fragen.

Der Reichsfinanzminister läuft sich vielmehr, statt selbst den Kurs zu bestimmen, von andre zu beliebig treiben. Dass eine solche Politik verderblich ist und zu schlimmen Konsequenzen führt, ist selbstverständlich. Sie zeigt aber vor allen Dingen auch, was in Wirklichkeit von dem Gerede der bürgerlichen Parteien über die Notwendigkeit der Einschränkung des Staatsrechts zu halten ist. Dieselben Herrschaften, die anderen Sparmaßnahmen predigen und durch ein Notprogramm für die gezielte Einschränkung des Staatsrechts des Reichstages sorgen wollen, tun in der Praxis genau das Gegenteil.

Sowohl bei den Forderungen der Landwirtschaft als auch bei den Forderungen für die großen Liquidationsgeschädigten hat sich dasselbe Spiel ereignet: die Regierungsparteien vereinigen sich untereinander und lämpfen gegen ihren eigenen Finanzminister. Bei der Landwirtschaft genießen sie sogar die Unterstützung des Reichsnährungsministers. Und der Reichsfinanzminister, statt durch die Stellung der Vertrauensfrage dieser verantwortungslosen Politik entgegenzutreten, beugt sich ihnen und vertritt am nächsten Tag das Gegenstück von dem, was er am Tage vorher für richtig hielt.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Bericht.) Im Haushaltsschluss des Reichstages trugen am Mittwoch die Abgeordneten Klink vom Bayerischen Bauernbund und Jandrey (Dnat.) nochmals die bekannten Forderungen des Reichslandbundes vor. Klink wandte sich besonders gegen die Überlehung der Preise für landwirtschaftliche Bedarfssachen auf Grund der Kartelle und regte an, die Zwangsinnungen im ganzen Reich aufzulösen, weil sie nur für die Erhöhung der Preisspanne auf Kosten der Landwirtschaft wirken. Es müsse noch viel zur Entlastung der Landwirtschaft getan werden, sonst seien gewaltsame Ausbrüche zu befürchten. Jandrey schätzte die Lage in Pommern als so verzweifelt, dass ein Funke in dieses Pulversack genüge um die Explosion herzuzuführen.

Abg. Schmidt-Koppen (Soz.) stellte die vielen, in der bürgerlichen Presse herum schwirrenden falschen Angaben über die soziale Belastung der Landwirtschaftlichen Betriebe richtig. Wie er berichtete, beträgt die Belastung für die entsprechenden mittleren und kleineren Betriebe pro Hektar nur 2 bis 3 Pf. Das sei eine Summe, die für die Betriebe durchaus tragbar ist. Der Redner befürchtet anschließend die Preisbildung auf den Viehmärkten und stellt fest, dass die Erwerbung der Rüttelmilchpreise (Werfallen der Zölle) die Fleischproduktion verbillige, so dass eine Konkurrenz mit der dänischen Viehzucht möglich werde.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) wandte sich gegen die mehr oder minder verdeckten Drohungen der Abg. Klink und Jandrey. Durch solche Drohungen ließen sich keine Freunde nicht schrecken. Es ist Pflicht des Ministers, dazu Stellung zu nehmen. Zum Thema selbst führte Abg. Hilferding u. a. folgendes aus: Die Not der Landwirte ist nicht zu leugnen. Es muss mich aber gegen die Bevölkerungsmeinerung dieser Not werden. Im Ausfall will man die Unschuldung beklagen, die das Gutachten des Reichswirtschaftsrates bezeugt. Dieses Gutachten des Reichswirtschaftsrates bezeugt unter keinen Umständen ein Kredithilfe (Kredit zur Aufrechterhaltung des Vieches), sondern nur produktiver Kredit. Dasselbe ist eine Rendite über die Vergabe des Kredites unabdingbar erforderlich. Die viel behauptete Nullzinsenabschaffung kann ich nur auf zweite Hypotheken führen. Ob es gelingt, dabei den Zinsfuß für die Landwirtschaft so weit zu senken, dass ihn die Landwirte allein tragen können, erscheint zweifelhaft. So wird bei den Auslandsanstaltsbewilligungen für die Schaffensarbeiter nur eine marktähnliche Auslastungsaufgabe des Reiches herauskommen. Aus diesen Erwägungen wird die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wieder nichts ausrichten können.

minister nicht genaue Auskunft über die hier bestehende Verfaßung des Reichs gegeben hat.

Darauf teilte Reichsnährungsminister Schiele über die von der Regierung beachtigten Zwischenredite folgendes mit: Die Rentenbankdirektion hat erste Hypothesen zu beobachten. Die Mittel aus ihren beiden letzten Amerika-Anleihen sind noch nicht völlig ausgegeben. Das Wichtigste ist aber, die Personal- und schwimmenden Schulden von 3 bis 4 Milliarden Mark sowie die irgend möglich in Realkredite umzuwandeln. Das soll durch Zwischenredite angehoben und erleichtert werden. In dieser Hinsicht ist bereits mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht übereingekommen. Die territoriale Kreditlinie, die zweistufige Hypothesen gewähren sollen, sind die Länderbanken, die in der Zentrale der Landesbanken in Berlin zusammengefasst sind und die wohl als Kreditträger für Auslandsredite in Frage kommen. Wie die Dinge sich entwickeln, kann heute noch nicht gesagt werden; ein neuer Weg liegt hier vor uns. Die Provinz wird wohl die Garantie für die Anleihe zu übernehmen haben.

Anschließend begannen auf Grund einer Anfrage der Abg. Wurm (Soz.) die Berörungen über den Kreditkreislauf und die Liquidation der Reichsgetreidekasse. Reichsnährungsminister Schiele teilte mit, dass auf Grund der Erfüllung des Enquetearbeitsausschusses 16 Firmen die Konzession entzogen worden sei.

Unverschämte Drohungen.

Berlin, 26. Januar. (Eigener Funkbericht.) Eine Beratertagung des Brandenburgischen Landbundes befasst sich am Mittwoch ebenfalls mit der „Not der Landwirtschaft“. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es zum Schluss: „Von unserer Spitzenorganisation, dem Reichslandbund, verlangen wir, dass er den Regierungstellen gegenüber andere Worte findet als bisher. Die langfache Sprache des Reichslandbundes ist nicht die Sprache der Bauern“.

Auso überall die gleichen Töne: Misstrauen gegen die eigene von der Deutschenationalen Volkspartei getragene Bürgerblodregierung und Drohungen unverschämter Art. Als ob es auf dieser Welt nicht noch andere Leute als nur Großagrarien gäbe! Die Herrschaften sollten nur hören, den Sog zu entspannen.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Bericht.) Die interfraktionellen Begegnungen der Regierungsparteien des Reichstags über die Landwirtschaftsfragen sind auch am Mittwoch noch nicht abgeschlossen worden. Die umstrittenen Fragen sollen zunächst von einzelnen Kommissionen behandelt werden. Man will versuchen, diese Auskunftsberatungen so zu fördern, dass dem Interfraktionellen Ausschuss noch am Donnerstag nähere Vorschläge unterbreitet werden können.

Der Kampf im Zentrum.

Die christlichen Gewerkschaften verlangen völlige Umorganisation des Zentrums.

Berlin, 25. Januar. (Eig. Bericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagt in Berlin der Parteivorstand des Zentrums. Viel dürfte auch dabei nicht herauskommen. Man wird wahrscheinlich die Politik des Bürgerblocks in aller Ausführlichkeit erörtern und seine Versprechungen mit seinen Taten vergleichen. Das Ende vom Lied wird schließlich sein, dass man eine beruhigende Erklärung für die Anhänger im Lande lostägt und für die Zukunft neue Versprechungen macht. An irgendeiner Stelle denkt zunächst weder der rechte noch der linke Flügel.

Bon einer Entspannung der gegenwärtigen Zustände im Zentrum kann deshalb auch nach der Sitzung des Parteivorstandes kaum die Rede sein. Die Gegenseite sind zu groß, als dass sie durch eine beruhigende Erklärung für die Zentrumswählerschaft von heute auf morgen beigelegt werden könnten. Gewiss ist erst dieser Tage der persönliche Streit zwischen Marx und Stegerwald nach außen dröhnen worden. Aber Stegerwald selbst hat jetzt einen Vertreter der „Wiener Freien Presse“ gegenüber festgestellt, dass die lachlichen Gegenfälle fortsetzen: Der Kampf im Zentrum sei jetzt erst am Anfang, es werde ein Kampf um das Zentrum sein. Die militärischen Gemeinschaften möchten eine vollständige Umgestaltung des gesamten Parteiapparates verlangen.

Diesen Verhältnissen hat Stegerwald zwar am Mittwoch ein Denkmal entgegengesetzt. Es ist jedoch zweitweise, denn es ist eine persönliche Unterredung mit dem Vertreter der „Wiener Freien Presse“ geführt worden. Stegerwald hat diesen Zeitungskorrespondenten schon längst ein Vertrauen geschüttet und unterhält zu ihm eine Art Vertrauensbeziehung. Unterseits können wir keinen Wunsch verzeichnen, dass die offenen Worte nicht in die Öffentlichkeit dringen sollten. Aber nachdem das geschehen ist, hätte er besser getan, sie nicht abzustreiten, zumal er in leichter Zeit auch noch anderen Zeiten ähnliche Gedankengänge entwidelt hat.

We sehr die christlichen Arbeiter Grund haben, entweder im Zentrum gründlich Remedy zu schaffen oder ihm endgültig den Rücken zu kehren, zeigt ja die jetzt im Gange befindliche Diskussion zugunsten der Großagrarien. Die Arbeiter erhalten vom Zentrum eine Steuererleichterung bewilligt, dass die Großagrarien jetzt mehrere hundert Millionen Reichsmittel bewilligt werden, obwohl diese nur durch erhöhte Steuerabgaben der Arbeiter aufzugehen werden können. Es ist das Zentrum, bei der Erweiterung des Arbeiterschutzes, der Arbeiterschutz auszuschalten.

Stauffenfuß, Klassenjustiz!

Drei der berüchtigten Nationalsozialisten, Streicher, Hölz und Ertel, standen in Nürnberg wegen Bekleidung vor Gericht. Sie hatten Mitglieder des jüdischen Frontsoldatenbundes als Plakatindianer, Cappenschweine und Zuhörer bezeichnet. Strafantrag des Staatsanwalts: drei bzw. zwei Monate Gefängnis. Urteil: Freispruch. Zwei dieser Helten wurden gleich darauf wegen Bekleidung und Religionsvergessens prozeßiert, es handelte sich wieder um Bekleidung von Juden und Verhöhnung der Religion. Strafantrag: Zwei Monate Gefängnis. Urteil: Freispruch.

Warum ein Gesetz zum Schutze der Richter? Es wäre zulässiger, ein Gesetz zum Schutze gegen Richter vorzuschlagen!

Luthers Geldgier.

Um 24 000 Mark begeht er Unrecht.

Der frühere Reichsanziger Dr. Luther hat der Deffentlichkeit am Mittwoch über seine Stellung zu seinem Börschen bei der Reichsbahnherrwaltung eine lange Erklärung übermittelt, in der er klipp und klar ausprägt, daß es seine „politisch-moralische Pflicht“ sei, auf dem zurückgeworfenen 24 000 Mark-Bolzen einzuhören. Er folgert so: Der Staatsgerichtshof hat nicht gelag, daß ich gehen muß; deshalb muß ich bleiben, bis Preußen in einem neuen Prozeß vom Staatsgerichtshof einen genaueren Bescheid erhält. Ein halbes Jahr habe ich mein Amt auf sechs Jahre fest und kein Reichsanziger kann mich zu anderer Haltung anstimmen!

In Wirklichkeit ist die Erneuerung Luthers zu unrecht und gegen den Protest der preußischen Regierung erfolgt. Aber das fümmt den widerrechtlichen Amtsinhaber des Sitzes der Preußischen Regierung im Vermittlungsrat der Reichsbahn nicht. Die 24 000 Mark jährliche Einnahmen interessieren ihn mehr als der Rechtsstandpunkt. Das ist Herr Luther, wie er lebt und lebt.

Das Reichswehrministerium lagt.

Weil es liegt hat, selbst die Wahrheit zu ermitteln.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Bericht). Der Chef der Marinleitung hat gegen das Berliner Tageblatt im Zusammenhang mit der Kiel'schen Munitionsfrage Strafantrag wegen Bekleidung und Verleumdung gestellt. Die angeblich beteiligten und verleumdeten Personen sind der Oberleutnant zur See Proke und der Oberregierungsrat im Reichsmarineamt Beutler. Sie sollen nach den Feststellungen der verklagten Zeitung beide in der Kiel'schen Munitionsangelegenheit verwickelt sein. Der Zweck der Klage ist nach den Feststellungen des Reichsmarineamtes u. a. die erwünschte Aufklärung über die noch unklare Affäre zu bringen.

Die Klage des Reichsmarineamtes berücksichtigt mehr als merkwürdig. Man vertrug, um gleichzeitig Aufklärung über eine dantische Säße zu schaffen, obwohl dazu für das Reichsmarineamt, als die vorgelegte Behörde des Oberleutnants zur See Proke und des Oberregierungsrats Beutler, u. G. arbore und einfache Möglichkeiten bestehen, beziehen.

Aber nebenbei: Ist es richtig, daß der Oberleutnant zur See Proke Anfang Januar, als die Munitionsaffäre aufgedeckt wurde, in Kiel gewesen ist? Was hat er dort getan und in welchen Auftrag weilt er dort?

Wir möchten uns annehmen, daß eine offene Antwort des Reichsmarineamtes auf diese Fragen die notwendige Auskunft über die Munitionsaffäre selbst und ebenso über den Sinn der sogenannten Klage schafft.

Unter der Fuchtel des Kapitals.

Die englische Regierung lehnt alle Sozialreformen ab.

London, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht). Der britische Ministerrat hat am Mittwoch die Grundzüge seines Arbeitsprogramms für die nächste Session endgültig festgestellt. Wie verlautete, wurde unter dem Präsidenten des Ministerrates die geplante Ratifizierung des Washingtoner Abkommen und des Dohrtalgelekes fallen gelassen. Ferner kam man überein, das geplante Armenabkommen den Agrarier zu lieben ebenfalls auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Dagegen soll in der kommenden Parlamentssession der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des weiblichen Wahlrechts auf jenseitige Frauen vom 21 Lebensjahr behandelt werden. Zweifelhaft ist jedoch, ob dieses Gesetz auch verwirklicht wird.

Die englischen Gewerkschaften wehren sich.

London, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht). Der Generalrat der britischen Gewerkschaften beschloß am Mittwoch alles zu tun, um die neuerdings von der Regierung abgelehnte Ratifizierung des Washingtoner Abkommen durchzuholen. Der Vertreter der englischen Arbeitnehmer im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wurde beauftragt, die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommen in der im März stattfindenden Sitzung wieder zur Debatte zu stellen und mit aller Nachdruck eine befriedigte Ratifizierung zu fordern.

Spieldienst.

Komödie von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag U. S., Berlin W. 50.

(Nachdruck verboten)

„Wir haben mit einem halben Gefühl und ein Stück vom gleichen Haar eingefangen.“

„Dann war Iollimach bis in die Rippen. „Vater, kann es noch leben?“

„Wie lange ist er schon im Bett?“

„Wir führen seit einer halben Stunde.“

„Dass er im Bettchen entsteckt. Wie lief unten ist er?“

„Eine hässliche Sache. Se diekt jetzt der Söldner, wenn wir uns darüber streiten, für was wir dem Kasten und dem Söldner gehörig seien, kann nicht es ihm gelingen, den Kopf über den Söldner zu halten und Form zu erhalten.“

„Nicht wahr! Mein Gott!“ Röhrt Herr Hof. „So möchte man keinen das Gesetz annehmen. Eine neue man Menschen braucht, die keine nicht in ein altes nehmen kann.“

„Dann hätte diesen Kasten Ihnen ja die Todesstrafe gefallen. Das Kind hätte einen Tod, und jeder, der das in den Kasten bringt, sollte ihm über das Kind schreien. Da her Kasten brachte die Sache immer ab, je das der Kasten des Sohnes übernahm und gleich starb, aber dann noch das Bettchen. Das bestimmt natürlich die Sache des Kasten dieses gehörigen Abgrunds und dem Tod.“

„Sind es Freunde?“ fragte Vater.

„Er erzählte Frau Matilde, seine Frau und einige Kinder leben in Oklahoma; er hat dort auf dem Betriebsgelände gearbeitet.“

Der Vater legt ruhig da und lächelt mit den Lippen. „Sie sind durch ein Glück.“ Sie wußten, daß jetzt das für seine Freunde ein ehrliches Interesse empfand, es leichtsinnige aufzulauern keinen persönlichen Nutzen mehr zu haben. Sie lachten nicht über die Sache, es war nicht so leicht, gerade bei jenen Dingen, denen sie sich, mit der Art eines Geistes, die Sache nicht über das Bettchen lassen können, weil es das neue Geiste begegneten waren. „Was war für ihn bereits alles zuvorher, als daß er nicht über das Bettchen lassen können, falls es keine Freunde mehr waren.“

„Sie?“ fragte Herr Hof. „Was ist sie?“

„Sie ist eine sehr schwangere und hübsche Person. Sie weiß nicht, wie sie benannt werden. Sie weiß, wie sie

Die Ausmusterung der Länder.

Durch die Reichsregierung und den Bürgerblock.

Berlin, 25. Januar (Eig. Bericht.) Die Kostenfrage für das vom Bürgerblock geplante Reichsschulgesetz beschäftigte auch am Mittwoch die Bildungsauschüsse des Reichstages. Der Reichsinnenminister glänzte wie gewöhnlich durch Abwesenheit. Dafür war auf Antrag der Opposition der Reichsfinanzminister erschienen. Aber auch er hat um um die Ausführung des Reichsschulgesetzes bisher ebensoviel Sorgen gemacht wie die Regierungsparteien. Bei allem Krach im Bürgerblock scheint das der einzige Punkt zu sein, über den man sich einigt ist. Man hat der Sorgen genug! Warum also in die Ferne schweifen und sich über ein Gesetz den Kopf zerbrechen, das erst in zwei Jahren zur Ausführung gelangt?

Die Opposition bestand demgegenüber auf nähere Anträge der Reichsregierung über die Kosten. Sie wird ihren Druck fortsetzen, bis endlich die für verantwortlichen Politiker selbstverständliche Klarheit geschaffen ist.

Im Verlauf der Debatte teilte der Vertreter der ländlichen Regierung u. a. noch mit, daß allein für Sachsen durch die Ausführung des Reichsschulgesetzes eine Gehemmnisbelastung von rund 100 Millionen entstehen würde.

Die vom Reich geplante Kostenregelung bediente nichts anderes als eine Aushöhung der Finanzkraft der Länder.

Die Lage in Hessen.

Darmstadt, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Sozialdemokratischen Fraktion des hessischen Landtags mit den einzelnen Parteien geführten Verhandlungen zur Neubildung der Regierung haben bisher noch zu keiner Entscheidung darüber geführt, ob an dem neuen Kabinett das Zentrum oder die Deutsche Volkspartei beteiligt sein werden. Eine entsprechende Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion fällt vorerst höchstens am kommenden Freitag.

Der Hessische Staatsgerichtshof, der auf Antrag verschiedener Splitterparteien über die Rechtsgültigkeit der letzten hessischen Landtagswahlen eine Entscheidung zu fällen hat, tritt am Dienstag, den 21. Januar, in Darmstadt zusammen. Es ist nach den bisherigen Feststellungen des Landestandes anzunehmen, daß das Gericht sich für die Rechtsgültigkeit ausspricht.

Kommt Brozek Schred!

Der Stahlhelmführer als Zunge.

Leipzig, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten beiden Tagen wurden in dem Prozeß gegen Schred und seine Freunde wieder eine Anzahl Zeugen vernommen, die über die Aussagen des Schred in den letzten Monaten vor seiner Verhaftung Auskunft geben sollten. Mehrere Berliner Dönerin und Sardinen befanden, daß sie mit Schred Friedfertige Reisen unternommen hätten und sie den Angeklagten nur als Rechtsanwalt Roder kennen. Von Interesse war dann vor allem eine Denkschrift, die von dem Vorstand zur Verleihung gebracht wurde und die gefälschte Unterschrift des Majors Voß von Wülfingen trägt. In dieser Denkschrift wird die gesamte Kriegstärke des Deutschen Reiches auf 2 793 150 Männer besichtigt, von denen auf das Mobilmachungsangebot 422 200 Mann und 17 360 Offiziere erschienen. Hierzu kamen die nationalen Verbände, u. a. auch die Organisation Conqul.

Am Dienstag wurde zunächst der Stahlhelmführer Seibert-Magdeburg verurteilt. Er wird vom Vorstand getragen, ob im Jahre 1924/25 Verhandlungen geführt wurden, um die hessischen Verbände zu verschmelzen. Sibert beichtete diese Frage. Die auf seinen Namen lautenden Unterstrichen in den von Schred angefertigten Dokumenten seien jedoch gefälscht. Dann kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Schred und dem Anklageverteiler. Der Reichsanwalt will nämlich noch Zeugen haben, die Schred anfeindend unangenehm sind. Der Verteiler erachtet Schred in diesem Zusammenhang endlich ein Selbstverständnis abzulegen. Der große Unbekannte, den Schred auf das schwerste beleidigt und den er als Kaufmann Preller bezeichnet, habe sich gemeldet. Preller habe in Rumänien auf und habe telegraphisch mitgeteilt, daß er mit Schred auch nicht das Kriegstagebuch tun gehabt habe. Darüber ist der Angeklagte Schred sehr verzweifelt. Alles weiter dürfte sich in den nächsten Tagen ergeben, da Preller als Zeuge vernommen wird. — Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgehen.

Reise deutscher Wirtschaftler nach Warschau.

Berlin, 25. Januar. Die Kreise von führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Gruppen der deutschen Wirtschaft nach Warschau zu einem Zusammentreffen mit führenden Persönlichkeiten Polens im Berliner Gesellschafts- und Konsulat folgte auf Freitag, den 25. Januar, abends, festgelegt. Die Industrie wird vertreten sein vornehmlich durch Herren des Gesellschafts des Reichsverbandes der deutschen Fabrik, der Maschinenfabrik, des Handels und der Holzindustrie.

Woldemaras bei Dr. Stresemann.

Berlin, 25. Januar. Wie wir erfahren, hat Reichsminister Stresemann heute nachmittag den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras zu einer Unterredung empfangen. Die Über zwei Stunden dauerte. Die Begehrungen werden während der nächsten Tage fortgesetzt.

Fünf Reichswehrsoldaten verhaftet.

Beginn funktelegraphischer Verbindung mit dem Ausland. Gießen, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Oberhessische Volkszeitung“ meldet, daß am Montag nachmittag die Unterabteilung des Gießener Reichswehrbataillons verhaftet und in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Es handelt sich um fünf Männer, die unter dringenden Verdacht der funktelegraphischen Verbindung mit dem Ausland stehen. Die zuständigen Stellen bestätigen die Verhaftung, ohne jedoch im einzelnen die Gründe dieser Maßnahme anzugeben.

Hakenkreuz am Stahlhelm, Sowjetsterne am Band...

Die Kommunistische Partei in Stargard ist eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Denkschrift veranstaltet. Sie forderte zum Besuch dieser Feier in einem Juwel auf, das in dem rechts stehenden Revolutionsfestsaal Tagblatt erschien. Dort stand die Anzeige für die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier in traumtum einen Stahlhelm in einer Kette für eine Reichsgründung feierte und einer Anzeige des Pommerschen Landbundes.

In Düsseldorf wurde gegen die Verwaltungssysteme Neurohr, die die städtische Verwaltung bestohlen hatte und den Stahlhelmmann, Stadtoberinspektor Sier, der sich mit den gestohlenen Geldern hatte aushalten lassen, verhaftet. Diesmal wurde der Stahlhelmmann nicht verdeckt von den bekannten städtischen Rechtsanwälten, die immer für die Prozesse nationaler Männer zur Verfügung stehen — von einem kommunistischen Rechtsanwalt der sonst die Parteiprozesse der kommunistischen Partei zu führen pflegt. Die Brüderlichkeit ist weit fortgeschritten!

Verurteilung polnischer Großbönder.

Vor dem Jugendgericht in Geroldshofen (Franken) wurden ein Kriegergehilfe und ein Kriegerlehrer wegen Entziehung auf den französischen Reichsgerichtshof zu zwei Monaten bzw. 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Angeklagte sind Mitglieder der sogenannten Sowjetischen Freiheitspartei.

Trümme und deutsch-nationale Betrüger.

In Schleißheim im Erzgebirge sind in der Regierung der Kirchenfälle beträchtliche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Verschiedene Mitglieder des Kirchenvorstandes sollen eigenmächtig über den Betrag von rund 100 000 Mark verfügt haben. Einer der deutsch-nationalen Betrüger befindet sich bereits in Haft.

Marty verhaftet.

Paris, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwochmorgen wurde der kommunistische Abgeordnete Marty in Boulogne verhaftet. Damit ist es der französischen Polizeigehilfen, einen der drei verurteilten kommunistischen Abgeordneten, die es vorgezogen haben, sich nach der Auflösung ihres parlamentarischen Immunitätsverbünden zu halten, anstatt ihrer Abgeordneten Doriot und Duclos ist nach wie vor unbekannt.

Blutgericht in Marokko.

Paris, 26. Januar. (Eig. Funkbericht.) Das Kriegsgericht in Casablanca hat 16 Sénégalais wegen Desertion im Kriege gegen Ali el Krim zum Tode verurteilt.

Neues Blutgericht in Ranton.

44 Kommunisten hingerichtet.

In Ranton wurden am Dienstag 44 Kommunisten verhaftet und sofort hingerichtet. Am Tage zuvor wurden vier Mitglieder des Druckereiverbandes von dem gleichen Schicksal erfüllt. Auch sie sollen Kommunisten gewesen sein und waren angeblich an einer Verschwörung gegen die gegenwärtigen Machthaber beteiligt.

Umtliche Devisenfurse der Berliner Börse

	am 25. Januar.
1 Pfund Sterling.....	20,424
1 Dollar.....	4,190
100 Francs.....	100,000
100 Gulden.....	58,6
100 Kronen.....	111,46
100 Danzig-Gulden.....	51,9
100 Lire.....	22,19
100 östl. Schilling.....	59,73
100 östl. Kronen.....	112,25

Ein kleines Kind in den Keller kroch und ins Loch fiel. Sie schrie mit einem großen Haken nach ihm, und es gelang auch, den Haken unter den Leib des Kindes zu schieben und es vorstichtig hochzuziehen. Dann aber stemmte sich der Körper irgendwie fest, und sie waren hilflos. Das Kind hing im Loch. Siehe nicht, stöhnte nur unentwegt: „Huhu“, hörte keinen Augenblick auf. Sie gruben sie zwanzig Fuß von der Quelle entfernt einen Gang, den zwei Männer ertheilen konnten. Sie rissen den Boden mit Stechzangen auf, fragten ihn mit großen Haken in Simpel, andere Arbeiter zogen an Stricken die Kinder hoch. Als die Kinder unter das Kind gelangt waren, konnten sie ihm von der Seite holen. Der Haken hatte sich im Schenkel verfangen, ohne jedoch eine tiefe Wunde zu reißen, und in einigen Tagen war das Kind wieder ganz gesund.

Das Leben war doch leicht! Wurde Sunny an diesem Tag beim Schließen, er hätte mit Rose Taintor dem Rücken zum Beobachter gezeigt, und im selben Augenblick, da den armen Joe Gund das Gesangsreich erreichte, würde er befreit über ein von seiner Männlichkeit geschütztes Tor gehüpft haben. Abends wäre er dann gegangen. Ja, Berlin durfte ja eigentlich wirklich nicht ohne einen guten Freund, entweder im heimischen Freunde oder in einem vornehmen Hotel. Sunny lag im Geist der Geschichte vor sich, die lärmend schlämmernde Soldaten, die weißen Böen, das weiche glänzende Kleid, das lebhafte strahlende Gesicht. Sie würde eben Champagner trinken, und mit lächelndem Käferwings tanzen, dem jungen Mann, in dem sie verliebt war. Und Tante Emma spielte schön geliebte Karten, die Geschwister wußten einen jungen Lord oder Herzog in Kleid und Seidenstrümpfen, der die Hand seiner Geliebten hielt.

„Ja, das Leben war leicht — und grausam. Man lebte in dem kleinen Kreis des eigenen Bekanntenkreises, und was man nicht wußte, kannte einen nicht. Das Schießfelderl wurde einem gewöhnlich einem gehörte; oder in dem ganzen Lande waren auf anderen Betriebsanträgen Dächer, vielleicht Hunderte von Arbeitern versammelt, und das betrachtete einen nicht im geringsten. Aber man erkt an die Menschen dort, die in Europa Schädelbomben bis zur Schädelbasis legten, ganze Städte, ganze Lande wurden zerstört, und das kostete sehr viel, verursachte einen riesigen Schaden. Sie werden mir über die Menschen der Stadt, der Stadt erzählen, das sagt bei jedem einzelnen Person

Abrechnung mit der Parteijustiz.

Justizdebatte im Reichstag. — Genosse Landsberg teilt neue
frische Fälle politischer Parteijustiz mit. — Hergt leugnet alles.

Berlin, 25. Januar 1928.

Die Sitzung wird um 15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Resolution des Reichshaushalts. Die Beratung wird begonnen beim

Staatsministerium des Justiz.

Reichsjustizminister Hergt:

Für die Vereinfachung und Verbilligung des Justizapparates seien bereits Maßnahmen getroffen. Der Reichstag und Länder über diese Frage. Bei dem Strafvollzug sei schon eine gemeinsame Linie gefunden worden. Die Ausbildung der Juristen sei heute noch ganz verschiedenartig; zu ihrer einheitlichen Regelung würden die Länder unter sich eine Vereinigung herstellen, ebenso über die Frage der Freiheitlichkeit der Anwaltskraft. Der Artikel habe wenigstens das eine Gute mit sich gebracht, daß er das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Deutschland und Österreich habe stark werden lassen. Ein Erfolg sei es, daß über den allgemeinen Teil der Strafrechtsreform bereits eine Vereinigung zwischen den beiden Brudervölkern erzielt worden sei. Die Rechtsanwaltschaft der zwei Länder dürfe sich nicht auf das Strafrecht befranken, sie müsse sich auch auf das Zivilrecht erstrecken. Es sei zu bestreiten, daß das deutsche Volk kein Vertrauen mehr an den deutschen Richtern habe, man könne lediglich davon reden, daß einzelne Urteile zur Kritik herausfordern. (??)

Der Minister erklärt schließlich, daß er es zaudrig ablehne, über eine Vertrauenskrise der Justiz sprechen zu lassen, denn dadurch werde nur Unruhe und Angst hinzugezogen. Daraus sei die Politik von unten, die Einflussnahme der Oberschicht auf die richterliche Handlung so stark gewachsen, daß man diesen Zustand geradezu als groben Unrat bezeichnen möchte. (Im Gesetzesfall, nur wenn die Richter aus Märschallsherrn ihres Amtes öffentlich geweckt und bei jedem Missbrauch ihres Amtes öffentlich zu verfahren! Anmerk. d. Red.) Man suche geradezu nach politischen Motiven bei den Richtern, um sie damit einzufangen. Das Justizministerium habe nur eine Ausweitung auf politischem Gebiet herzusehen, nämlich zur Belohnung von Prozessen. Die Zahl der Mord- und Landesverratsprozeße sei nach der amtlichen Statistik in überwältigender Weise gestiegen, die gegenteilige Behauptung in der Presse sei nicht richtig.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Ankündigung des Reichsjustizministers, daß er das Ziel einer weiteren Rechtsungleichung zwischen der deutschen und der österreichischen Republik verfolgen würde, begegnen wir. Den Österreichern muß das Recht anerkannt werden, ebenso wie jeder bürgerliche Bürger, jeder Soziale, jeder Preise devotierter Staatsbürger zu werden, wie auch umgedreht jeder Reichsdeutsche das Staatsbürgertum in Deutschösterreich erwerben könnte.

Der Minister hat die Frage der

Vertrauenskrise der Justiz

erwähnt. Nichts liegt mir so fern, als immer wieder auf eine Vertrauenskrise in der Justiz hinzuweisen. Ich wäre glücklich, einen Staat zu erleben, bei dem ich mich auf die Versprechungen von einzelnen Positionen beschränken könnte. Voraussetzung dazu ist aber, daß wir eine einwandfreie Rechtsprechung haben und nicht immer wieder Vorgänge feststellen müssen, die deren Vorhandensein bezweifeln lassen.

Doch von einer solchen einwandfreien Rechtsprechung nicht die Rede sein kann. Beweisen immer wieder neue Fälle.

Wenn dem Herrn Justizminister diese Kritik nicht gefällt, dann hätte er sich zunächst an die ihm nächststehende Presse wenden müssen. Bei der Verurteilung der Gemeindevertretung hat die "Deutsche Tageszeitung" von einem Bluturteil gesprochen und von einer Robustheit des Gewissens bei den urteilenden Richtern. Der Redner berichtet dann über folgenden Fall: In dem ostpreußischen Städchen Liebstadt fände ein jüdischer Arbeiter an einer Feuerstelle einen brennenden Leder- oder Lederbandes teilgerissen, bei der jeder erschinen konnte, der sich eine Eintrittskarte gekauft hatte. Ein anderer Arbeiter verlangte, daß er den Saal verlässe, weil Juden an der Feuerstelle nicht betreten dürfen. Der jüdische Arbeiter wandte sich an den Vorsteher, der ihm das Verboten im Saal gestattete. Darauf wurde er von dem anderen Arbeiter belästigt und geschlagen. Das Gericht verurteilte den Mann zu 20 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung, und

in der Begründung des Urteils führt es aus, daß der Kläger nur alles gesollten haben müsse, weil er als Jude ein schändliches Fest besucht habe. Daß der Vorstand ihm das Verbleiben im Saale gestattet habe, sei nicht erheblich, weil dieser ein eingeschlossener Arbeiter und deshalb nicht imstande sei, die vom Gericht gebrauchten Gedanken zu entwideln.

(Hört, hört, links!) In einem anderen Falle hat das Reichsgericht die Unbrachtdarmachung von Maschinen in einer kommunistischen Druckerei durch die Polizei für berechtigt erklärt, weil der Staat in Notwehr handele und die Polizei habe, sich gegen Angriffe auf ihn zu schützen. Gewiß hat der Staat das Recht der Notwehr. Aber was zur Abwehr rechtswidriger Angriffe erforderlich ist, das darf nicht der Willkür überlassen bleiben, sondern das ist genau bestimmt durch die Gesetze. Die Notwehr des Staates ist gerechtfertigt durch Gesetz, im Vereinsgesetz, im Artikel 48 der Verfassung und in einer Reihe anderer Gesetze. Das Recht der Notwehr gibt es nicht, wenn ein Eingriff einer Polizeibehörde auf nicht auf ein gegebenes Gesetz stützt. Seitdem das von mir erwähnte Urteil ergangen ist, wankt einschließlich der Rechtsboden unter unseren Füßen. Dann kann man aus dem Gesichtspunkt der Rotwehr jeden Verein auflösen, jede Versammlung unterdrücken. Der Justiz, den das Reichsgericht mit seinem Urteil gutgeheissen hat, ist weit schlimmer, als jede Zensur, denn dadurch wird es dem Redakteur unmöglich gemacht, seine Meinung überhaupt nur drucken lassen zu können. Ich frage den Reichsjustizminister, was er zu tun gedenkt, zum Schutz der durch dieses Urteil des Reichsgerichts in hohem Maße bedrohte Grundrechte des deutschen Bürgers?

In weit höherem Maße gilt das noch für das Gebiet des Strafrechts. Der vierte Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz von Lorenz hat in einem Urteil vom Oktober 1927 einen verantworltlich zeichnenden Redakteur der kommunistischen "Sächsischen Arbeiterzeitung" für einen zum Hochverrat aufzuhörenden Artikel verantwortlich gemacht und ihn als wahren Täter bestraft, obwohl er in der Zeit des Erhebners des Urteils im Auslande geweilt hat und in seiner Abwesenheit sein Name als verantwortlicher Redakteur stehen geblieben war. Das Reichsgericht hat in seinem Urteil ausgeführt, daß er als Leiter einer Zeitung der kommunistischen Partei genauso hätte handeln können, als den Artikel aufzunehmen und weil er in der Abreise aus Sachsen keine Hilfe für die Propagierung der hochverrätlichen Ziele der KPD mit Hilfe eingesetzt habe.

Der Redner erwähnt dann einen Artikel eines völlig falschen Blattes, in dem der Justizrat Thiede aus dem Städchlein als entzessene Tat begrüßt wurde, weil Thiede nicht gemäß sei, den Gedanken einer Revolutionierung nationaler Faschisten aufzugeben und worin es weiter heißt: "Wir haben uns nun mit dem

Zentrum noch weiter des Hochverrats beschuldigen müssen. Zugestanden ist allerdings, daß der Oberrechtsanwalt nach fünf Tagen selbst die Entlastung Jentins veranlaßt hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das höchste Gericht des Reichs sich eines so schieren Irrums schuldig gemacht hat. Solche Fälle einer Justiz haben mit einer wirklichen Rechtsprechung nichts gemein. Gegen den Abgeordneten Hesse hat jahrelang ein Verfahren geschwebt, weil er einen Parteifreund als Ernährungsminister bei einer in Medien etablierten Firma zu erträglichen Beziehungen vorgezogen hätte. Erst durch die Amnestie im Jahre 1925 ist dieses Verfahren eingestellt worden.

Zuvor wieder riefte sich die Justiz gegen links, aber niemals gegen rechts,

wie auch der Fall Clas beweist. Im Mai 1926 leitete der Berliner Polizeipräsident gegen Justizrat Clas, den Vorsitzenden des ostdeutschen Verbandes, eine Untersuchung wegen Hochverrats ein. Der Oberrechtsanwalt beantragte im Juni 1927 in einem 60 Seiten langen Gutachten beim Reichsgericht die Einstellung des Verfahrens und die Außerverschließung. Das Reichsgericht hat im Oktober diesem Antrag stattgegeben und zwar rein formalmäßig, ohne ein Wort der Begründung. Clas sieht die Weimarer Verfassung nicht; nur zu ihrem Artikel 48 ist er in hoher Liebe entbrannt. Clas hat bei seiner Vernehmung zugesehen, kein Ziel sei der völkische Staat und die völkische Diktatur, er wolle das jedoch ausschließlich durch verfassungsmäßige Mittel vermittelnd, entweder durch propagandistische Beeinflussung des Volkes bei den Wahlen oder auch in der von ihm für verfassungsmäßig gehaltenen Weise, daß der Reichspräsident, um der steigenden wirtschaftlichen Not Deutschlands zu steuern, bei einer Kabinettssitzung eine sogenannte Regierung der sozialen Arbeit berufen sollte. Wenn diese Regierung das Vertrauen des Parlaments nicht habe, fasse das Zentrum zu zusätzlichen Wahlen auf und fasse er dann die Maßnahmen nicht billige, wiederum aufzulösen. Sollten dann Unruhen kommen, so solle der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Maßregeln erlassen und einer geeigneten Verhältnisheit die vollaufende Gewalt übertragen. Der Reichstag könne wiederholt aufzulösen werden und die vom Reichspräsidenten eingesetzte Verhältnisheit könnte bei etwaigen Unruhen als Inhaber der vollaufenden Gewalt auf Zeit von einer Wahl des Parlaments abheben.

Das ist

die Befreiung des Herrn Clas, die uns herlichen Zeiten entgegenführen soll. Herr Clas macht sein politisches System, wie die Erfinder, die immer ganz direkt vor der Errichtung des Perpetuum mobile stehen. Wer ist nun der Mann, der nach Meinung des Herrn Clas berufen sein will? Unser Kollege Herr Hugenberg (Heiterkeit). Clas schreibt ihm damals, Hugenberg gelte für einen staatsmännischen Kopf, er habe unbedeutende Tafelrath bewiesen. Als Herr Höllriegel einmal bei einem guten Mahle jemand fragte, er würde ihn zum Ernährungsminister von Mecklenburg-Schwerin machen wollen, wurde ihm das als Hochverrat ausgelegt. (Heiterkeit.) Herr Clas veranlaßt 15 Generale, dem Reichspräsidenten eine Interpellation zu überreichen, die sogenannte General-Interpellation, worin der Reichspräsident bezeichnet wird, die Pläne des Herrn Clas durchzuhüpfen. Was Herr Clas dem Reichspräsidenten zuwirkt, lief auf einen krassen Staatsstreich hinaus, auf einen Putsch von oben. (Sehr wahr, links!) Das Ziel des Herrn Clas, er feuchtet es an, war die Stärke der Verfassung und die Wiederherstellung der Monarchie. Dieses Ziel glaubte Herr Clas auf Grund des Artikels 48 in legaler Weise erreichen zu können. Der Artikel 48 ist zum Schutz der demokratischen Verfassung gegeben, aber nicht zu ihrer Verneinung. (Sehr richtig, links!) Nach Artikel 48 kann der Reichspräsident zur Wiederherstellung der Ordnung Maßnahmen erlassen, aber niemals hat er das Recht, die ganze Rechtsverfassung zu befehlen und den Reichstag zu verjagen und die Monarchie wieder herzustellen. Im Abzug 3 steht ja ausdrücklich, daß jede Maßnahme des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 dem Reichstag unverzüglich vorzulegen und wieder aufzukommen soll, wenn der Reichstag sie nicht billigt. Das beweist die Unmöglichkeit der juristischen Abdunklung des Herrn Justizrat Clas.

Der Reichspräsident würde sich, wenn er die zum Schutz der Verfassung autorisierten Machtmittel unter Gewaltanwendung gegen die Verfassung benutzen würde, höchst Hochverrat schuldig machen.

Hägt der Justizminister diese meine Interpretation für richtig oder die des Herrn Clas?

General Seestadl hat bei seiner eidlichen Vernehmung ausgelagert, er habe den kleinen Kindern gehabt, daß Clas ihn verlassen wollte, auf Grund des Artikels 48 und geführt auf die Reichswehr Machtbewegung für sich in Anspruch zu nehmen, die nicht mit der Verfassung vereinbar waren. Das Reichsgericht hat seine Entscheidung nicht begründet, der Oberrechtsanwalt aber die Angabe des Herrn Clas für glaubhaft gehalten, daß er selbst keine Pläne für legal gehalten habe. Nach Artikel 25 der Reichsverfassung kann der Reichstag aus demselben Anlaß nicht einmal aufzulösen werden, Herr Clas aber hält es für zulässig, ihn auf Grund des Artikels 48 in der Verhinderung verschwinden zu lassen. Der Oberrechtsanwalt erklärt, daß der Artikel 48 umstritten sei, es sei nicht ausgeschlossen, daß Clas seine Pläne für rechtlich gehalten habe. (Hört, hört, links!) Aber niemals kann man doch behaupten, daß der Artikel 48 zur gänzlichen Befreiung der Weimarer Verfassung missbraucht werden darf. Es ist mir unverständlich, wie der Oberrechtsanwalt Herrn Clas der ganzen Kleinen zulässigen kann.

Ein Rumäne, der nur einen Teil von dem verfaßt hätte, was Herr Clas unternahm, würde sich für lange Zeit nicht um ein Quartier zu kümmern brauchen.

(Sehr richtig, links!) Wir verabschieden die Befreiungen der Diktatur von rechts ebenso, wie die Anstrengungen der Apotheke von links. Seien Sie es nur damit, Sie werden bei den Männern des Deutschen Volkes auf Granit sitzen.

Die unterschiedliche Behandlung von Angeklagten von links und rechts durch das hohe Gericht, das ist schon Korruption.

Hier gibt es Erziehungswert zu teilen. Besonders wirkungsvoll kann sie allerdings nur gelebt werden von einer Zentralstelle; deshalb sollte sich der Reichsjustizminister der Übertragung der Richterfreiheit von den Ländern auf das Reich nicht widerlegen. Sie wird kommen, weil sie kommen muß, und wir begrüßen sie heute schon. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Hergt

erklärt, er kann unmöglich sich zu allen Einzelheiten äußern, die von Debatte reden vorbereitet werden. (Lachen, links.) Wenn der Oberrechtsanwalt der Meinung ist, daß ein schändlicher Beweis gegen die faktuelle Aussage von Clas nicht geführt werden kann, so muß diese Meinung des hohen Richterlichen Amtes respektiert werden. (Abg. Landsberg (Soz.)) Sind Sie derzeit Meinung, wie der Oberrechtsanwalt? "Ja, ich sage nicht ein, weshalb ich mich hier vom Abg. Landsberg dazu solche Fragen stellen lasse soll." (Große Klarheit, links.) Rufe: "Clas als Justizminister?" Gegenrede rechts. — Begründung: "Clas erfuhr um Ruhe." Schließlich war auch der Oberrechtsanwalt nicht offen darüber, sondern das war nicht

Stimmberechtigung des Volkes, Weisheitsberechtigung der Richter. Dazu kommen die Vorwürfe der Klassenjustiz und politischen Justiz. Das auch bei den Richtern manche Missgriffe vorgenommen sind, wird niemand bestreiten. Viele Richter haben sich mit der Staatsumwälzung und der neuen Staatsform innerlich noch nicht eingeladen. Die Reichsverfassung gewährleistet dem Richter wie jedem Beamten die Freiheit der politischen Gesinnung. Selbstverständlich wird der Richter sich bei seiner amtlichen Tätigkeit durch seine politische Gesinnung nicht beeinflussen lassen. (Zahlreiche Richter lassen sich eben doch beeinflussen. Anmerk. d. Red.) Der Vorwurf, daß ein großer Teil der deutschen Richter verfassungsmäßig sei, ist durchaus falsch. Der Deutsche Richterbund und der Preußische Richterverein haben sich in Entscheidungen unweidig zur Reichsverfassung bekannt.

Die Weiterberatung des Staats wird um 18,45 Uhr auf Donnerstag verzögert.

Zu der Antwort des Reichsjustizministers auf die Anklage rede Landsberg, eines der angesehensten und juristisch bedeutenden Abgeordneten, ist zu sagen: Die Antwort ist unerhört. Auf die entscheidende Frage weicht der Reichsjustizminister mit höhnischen Worten aus. Er, der die Verfassung beschworen hat und schwören soll, tut dadurch den Verdacht wach, daß er über den gesuchlichen § 48 der Reichsverfassung sehr bedenkliche Ausübung hat. Dann stellt sich der Minister als freiwilliger Verteidiger des Stahlhelms auf. Dürsberg, der als gottesgläubiger Mann unmöglich an Gewalt gedacht habe. Die Linke eindeutiglich der Demokraten läuft laut auf. Auch im Zentrum scheint man den Kreuz Gottes zu Gunsten des Stahlhelms nicht gerade geschmackvoll zu finden. Nach Hergths Meinung ist alles in Ordnung in der deutschen Justiz. Die Kommunisten werden eingesperrt und die unschuldigen Rechtstatthalter, die ab und zu einige revolutionäre Worte, Drohungen mit Gewalt und politischen Morden in ihre Reden einflechten lassen, werden außer Verfolgung gestellt. Die Kommunisten waren de facto sprachlos. Vielleicht sehnen sie sich ein wenig nach dem feinsinnigen sozialdemokratischen Reichsjustizminister Dr. Radbruch zurück, der sich immer redliche Mühe gab, auch der Linken zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der neue Betrug des Bürgerblods.

Die Reichsregierung sabotiert das Rentnerversorgungsgeley.

Der Schwund des Bürgerblods.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags schafft die Regierung am Mittwoch ihren Streit gegen den Scheinbaren Versuch der beiden Rechtsparteien, ein Rentnerversorgungsgeley zu schaffen, beharrlich fort. Die Schlage ist die, daß das Gesamtkabinett die Frage, ob ein besonderes Rentnerversorgungsgeley zu schaffen sei, zurückgestellt hat. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hock wandte sich gegen jeden Verschleppungsversuch, beweiste aber auch, ob die Rechtsparteien ein ehrliches Spiel treiben. Bei Beratung des § 1 des von den Demokraten beantragten Rentnerversorgungsgeleys legt sich logisch die Deutsche Volkspartei dafür ein, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur den Kleinrentnern zu gewähren, die ein altes Vermögen von mindestens 10 000 Mark oder ein Einkommen von wenigstens 500 Mark jährlich gehabt haben. Dabei soll Einkommen aus geretteten alten oder aus neu erworbenen Vermögen dieser Gruppe von Kleinrentnern nicht angerechnet werden. Eine solche Regelung würde von der Sozialdemokratie abgelehnt. Sie würde dahin führen, daß unter Umständen Kleinrentner mit einem früheren Vermögen von mehr als 10 000 Mark, die wieder in sehr guten Verhältnissen leben, eine Rechtsrente erhalten, während solche, die weniger als 10 000 Mark verloren haben und bis gerade noch knapp einen bürgerlichen Lebensunterhalt erwerben können, völlig leer ausgingen. Von ähnlichen Gesichtspunkten aus trat das Zentrum dem von den Demokraten unterstützten Antrag der Deutschen Volkspartei entgegen.

Der Vorschlag der Zentrumsveteriner, die ganze Frage wegen ihres Zusammenhangs mit der Aufwertung an den Rechtsaustausch zu verweisen, stieg auf den höchsten Widerstand der Sozialdemokratie und wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hock wandte sich gegen jeden Verschleppungsversuch, beweiste aber auch, ob die Rechtsparteien ein ehrliches Spiel treiben. Bei Beratung des § 1 des von den Demokraten beantragten Rentnerversorgungsgeleys legt sich logisch die Deutsche Volkspartei dafür ein, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur den Kleinrentnern mit einem früheren Vermögen von mehr als 10 000 Mark zu gewähren, mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Dafür stimmten nur die Vertreter der Volkspartei, der Demokraten und ein Deutschnationaler, während zwei deutschnationale Abgeordnete den Antrag ablehnten.

Von der Sozialdemokratie ist inzwischen ein Antrag eingereicht worden, der den Kreis derjenigen, denen ein Anspruch auf Rente gewährt werden soll, nach unten erheblich erweitern will. Dieser Antrag wird die Grundlage der Weiterberatung bilden.

Warum wartet die Kleine Entente?

Das Säbel des Säblier gegen den ungarnischen Waffenstillstand.

In der rumänischen Kammer wurde der Kellvertretende Außenminister am Mittwoch über die Verzögerung des Einschreitens der Kleinen Entente in der Sölden-Affäre informiert. Die Antwort legte darin, daß die Säulen der kleinen Entente ihre Interessen mit größter Energie vertreten würden. Vorläufig habe man aber noch Zeit, da am 22. März die Ratifikation des Waffenstillstands vom 5. März mit der Angelegenheit besprochen werden könnte.

Paris, 26. Januar. (Eigener Handbericht.)

Die Verzögerung des Protests der Kleinen Entente gegen die ungarnischen Waffenstillstandserklärungen gibt der Pariser Presse zahlreiche Kommentare. Allgemein steht man hier in der Ansicht überein, daß die Verzögerung auf den Eintritt Rumäniens zurückzuführen ist, das bestrebt wäre, die augenblicklichen Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien zu fördern. Rumänien würde eine Kontrolle gegen Ungarn nur sehr ungern sehen, weil dabei das jugoslawische Staaten als Waffenstillstand übernommen werden könnte.

Der Quai d'Orsay, der sich in der vergangenen Stunde völlig neutral verhalten hat, will sich neuerdings von der Stelle emanzipieren, die sich gegen die ungarnischen Waffenstillstände ausgestellt. Diese Ausbildung ist zweifellos die wichtigste, die kann in der nächsten Zukunft zu wichtigen Ereignissen führen.

Der Inventur-Ausverkauf

des Konsum- u. Sparvereins „Vorwärts“ für Breslau u. Umgegend



beginnt Freitag, den 27. Januar, und endet Sonnabend, den 4. Februar

Man bemühe sich in unserer

Spezialgeschäft für Konfektion, Wäsche und Schuhwaren

Neumarkt 12

um sich von der selten günstigen Einkaufsgelegenheit zu überzeugen

Neumarkt 12

Stadttheater

Donnerstag

20 bis nach 22 Uhr:

Jolly spielt auf

Freitag

20 bis gegen 22 Uhr:

11. Abend - Bottrell

Son. u. 4. Febr.

„Othello“

Sonnabend

19 bis 23 Uhr

„Tannhäuser“

Schauspielhaus.

Operettetheater.

2d. Sitzes 35.-

Zusch. 25.-

Ein

20.-

100.-

Schmett.

Schaus. nachm. 15½, 18½

„Großes Matros“

Freitag 20 Uhr:

3rd. u. 2. Reihe

5.-

2nd.

100.-

„Junges“

Lebe - Theater

2d. Sitz. 67.-

Donnerstag Freitag

2d. 18½

3rd. legen Rolle

„Die Schäfchen“

Sonntags 2. Uhr

5.-

10.-

Samstag 15½ Uhr

3rd. u. 2. Reihe

100.-

Sommer 10.-

„Spiel im Schloß“

Thalia-Theater

2d. Sitz. 67.-

Freitag 2. Uhr

„Die Füge“

Sonntag 15½ Uhr

3rd. legen Rolle

100.-

lieblich.

Theater

Freitag 20 Uhr

Die letzte Woche

der große Januar - Programm

Freitag, den 27. Januar

Festvorstellung

2d. 18½

3rd. 10.-

Ein

100.-

von Frau Dr. Hugo Kasten

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

100.-

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Januar 1928.

Maskierte Feste.

Der traditionelle Karneval, Faschings- oder Karnevalszeit benannt, der sich zwischen Weihnachten und Ostern abspielt, fängt an das „soziale Leben“ zu befehdern. Bei uns vollzieht sich ja der Rummel nicht direkt vor den Augen der Bevölkerung, wie dies in anderen Teilen des Reiches, beispielsweise in der Rheinprovinz der Fall ist. In Schlesiens Metropole merkt man es nur an den diversen Maskenfesten, die wir während der Faschingszeit über uns ergehen lassen müssen, und diese sind ja eigentlich weiter nichts als ein wenig umgeduftetes Maikränchen, Sommernachtsbälle, Herbstvergnügen, und so weiter. Um die Tanzfreudigen anzuladen, bedarf es keines besonders großen Hinweises, sie sind bereit, sich zu jeder Jahreszeit ordentlich ins „Vagabieren“ zu stürzen. Wenn die Feste mit maskierten Teilnehmern, die mitunter durch die sensationellsten Firmierungen einen besonderen Reiz ausüben, oft noch eine größere Anzahl von Gästen anlocken, so ist das weiter nicht verwunderlich, denn nach den übereinstimmenden Urteilen regelmäßiger Besucher soll eben bei einem solchen Mummencharakter „mehl los sein“, man soll sich „nicht amüsieren“ als sonst. An den Sonnabenden, wenn das Publikum solcherlei Feste aufsucht, vermag man oft in den Straßenbahnen oder „per Pedes“ die aufgeputzten Gestalten zu sehen, oder zu hören, denn das silberne oder goldene Blech, die glänzenden Diamanten und Brillanten, mit denen Maskenkostüme meist überladen sind, klirren und klappten ganz verräderisch und lassen uns die Anhänger des „Prinzen Karneval“ erkennen. Sonst sind sie nur noch in den Sonntags Morgenstunden mehrheitlich, wenn sie zurückmarschieren in das graue Getriebe der Wirklichkeit.

Auf dem Festen selbst umbraucht einen das übliche Gewoge. Die Musik (hier und dort oft ganz furchterlich anzuhören), der Tanz, davon empfiehlt es sich verständnisvoll zu schweigen) die Tafel-, Alkohol- und Schwefelatmosphäre ist immer die gleiche. Unterdrücklich ist eben nur, daß eine ganze Reihe von Besuchern vollumhüllt sind und während der Tanzpausen bis zu der „mit Spannung erwarteten“ Prämierung der „Schönsten“ und „originalsten“ Masken im Saale herumlaufen. Daß dies natürlich nicht so lang- und langlos abläuft, ist verständlich. Geistlose und manchmal auch geistvolle Bemerkungen oder Zwiegprächen, kleine Pantomime ähnlich, nicht erkannt werden wollenden Masken“ die von den Bekannten schon auf den ersten Blick herausgefunden werden und die Werkzeuge des Faschingstanzes, Lustlängen, Konfetti-Pfannkuchen, Stinkbomben, Klappten, Pappbrügel, Schreckschüsse und dergleichen Instrumente sind schon Unfall genug, daß man sich „durfte amüsieren“.

Um überall draußen ist bei den Maskenbällen das sogenannte Vergnügungsomitee“. Muß es sich schon zu anderer Jahreszeit um „das Gelingen des Festes“ (in umschriebener Ausdruck für Stärkung der Vereinskasse!) bemühen, so hat es bei dem Maskenball noch die Ausgabe, die mit einem Preis zu krönenden Masken herauszusuchen. Das ist für so ein Komitee nicht etwa einfach. Meist ist es deshalb in hellstem Auftritt, weil es sich über die Begriffe „Schönheit“ und „Originalität“ nicht einig werden kann, weil es darüber hinaus aber auch dem Geschmac des Publikums Rechnung tragen muß, um Gerüchten, wie „Schiebung“ und dergleichen nicht ausgesetzt zu werden. Neuerdings geht man aber dazu über, das „Komitee“ in dieser Bezeichnung zu entlassen und die Entscheidung über die „Preiswürdigkeit“ auf breitere und demokratischere Grundlage zu bringen. Auf den Eintrittskarten wird ein Gutschein vorgesehen, den sich die Masken durch Schönheits- oder Originalitätsmimik zu „erringen“ haben. Die Masken, die dann die meisten Gütekennzeichen können, haben den Beweis erbracht, am „amüsierendsten“ gewirkt oder den größten Eindruck auf das Publikum gemacht zu haben.

Die Masken, das heißt die mit allen nur erdenklichen Trachten aufgeputzten Menschen, die sich zum Überdruck auch noch das Gesicht mit einer Farbe verhängen, glauben in bezug auf Schmuck und Darstellungskunst nicht überbietet zu sein. Man kann es ihnen schließlich auch nicht verargen, wenn sie feststellen können, daß ihnen die Anerkennung an erster Stelle gebührt. Eine reiche Prämierung gehört übrigens auch dazu, um feststellen zu können, was an den einzelnen Typen dargestellt werden soll. Sterne, Engel, Schmetterlinge, Cowboys, humoristisch sein lollende Löwen und sonstige Konstruktionen, an die in diesem Zusammenhang kaum jemand denkt, stellen recht große Ansprüche an den zugehörigen Künstlerwillen. Wenn man so in das bunte Geschehen schaut, darf man natürlich niemals sicher lachen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Um Mitternacht ist dann meistenteils die „Demaskierung“. Eigentlich ist es keine, denn die Masken sind längst von Bekanntheit ermittelt, und wer die kostümierter vorher nicht erkannt hat, der erkennt sie auch meist nach der Demaskierung infolge eines mehr oder minder großen Läffens oder Katers nicht mehr. Hier und dort wird der Mummencharakter noch besonders ausgehöhlt. Indem man einen „Prinzen Karneval“ mit Gefolge aufmarschiert läßt, der dann die ganze Sache erst noch „krönt“. Die Anhänger dieser karnevalistischen Truppe rekrutieren sich natürlich aus allen Volkschichten und Klassen, und es bedarf eines besonders großen psychologischen Verständnisses, um dafür eine Erklärung zu finden. Die jungen Menschen aus den niederen Schichten, und ganz besonders das weibliche Geschlecht, wollen auch einmal heraus aus der namenlosen Reihe der unbedarften Massen. Sie wollen auch einmal „Männer“, fähnlich und bewundert sein, wie die Helden der vielen Schreiberzeugnisse, (Romane ist nämlich zu viel gesagt), die heute noch immer in überaus großer Masse frequentiert werden. Natürlich geht es den Bürgerjungen, Sie, die das Arbeiten nur zum Hören lernen, begeistern sich, wenigenfalls im Fasching einmal als arbeitender Mensch scheinen zu wollen, und es kommt vor, daß diese Kategorie recht linkisch in proletarischer Uniform, etwa als Möbelpacker oder Straßenkehrer auftaucht, in Hoffnung, einmal zu reizvollen Ereignissen mit Mädels aus dem Hause zu kommen, über die man sonst hinwegsieht.

Daß dem Prinzen Karneval häufig nicht mehr alle Menschen folgen, das ist schon ein Zeichen, daß Majestäten nicht mehr so rechte Zutrauen und blinde Gefolgschaft entgegenbrachte, weil die Menschen schon zu oft von ihnen betrogen wurden! Und dieser Prinz Karneval macht in der Reihe der Majestäten eine Ausnahme!

Ein Gedächtnisabend für Heinrich Heine

Am Sonntag, den 29. Januar im Rialtoitor statt. Er wird veranstaltet von der SPD, Abteilung Rialtoitor und von demheim 5 der SGZ. Der Abend bringt ein Lebensbild von Heinrich Heine und Feierlichkeiten aus seinen Werken. Beide getragen von Peter Roth - Breslau. Musik und Gesang umrahmen die Veranstaltung. Beginn um 8 Uhr im Zeichensaal der Universität. Eintritt 25 Pf. für Erwachsene, 15 Pf. für Jugendliche. Um regen Besuch bitten beide Organisationen.

Koalitionsprobleme in Österreich.

Über dieses überaus wichtige Thema spricht Freitag, den Januar 20 Uhr, bei den Jungsozialisten der Genossen Wolfenbalm. Die jungenen Körriegesellen und Genossinnen, längsten Gewerkschafter und SGZ-Genossen sind hierzu geladen.

Große Gegenoffensive aller katholischen Pfarrkirchen.

Ein früherer katholischer Geistlicher schreibt uns: „Es wird Ihnen schwül, den hochm. Pfarrherren Breslaus, wenn sie den Niedergang, wir sagen nicht des religiösen Lebens, wohl aber des kirchlichen, allüberall erblicken. Wie wenige sind es, die am Sonntagen um 9 Uhr zur Predigt, zur Anhörung des „Wortes Gottes“ kommen! Daß Gott erbarmt“, sagen die geistlichen Herren unter sich. Freilich, zum Hochamt um 10 Uhr, zu Gebang, Musik und Weihrauch kommen sie zahlreicher. Aber was sind diese Hunderde im Vergleich zu den vielen Tausenden, wie zu den großen Pfarrkirchen unserer Stadt gehören. So zählt Mauritius, Heinrich, Michael und noch andere je über 20 000 Seelen. Dann die gewaltige, immer mehr um sich greifende Kirchenaustrittsbewegung, die immer größer werdende Zahl derer, die nach ihrem Tode, trotz Baum und Erbommunikation, sich verbrennen lassen. In Berlin werden jetzt schon mehr als 50 Prozent der Verstorbenen verbrannt und wenn es in Breslau noch nicht so weit ist, so liegt das nicht an der Gesinnung der Bevölkerung, sondern an der noch kurzen Dauer der Einrichtung. Müssten sich die Herren seher nicht sagen, daß, was immer in der sozialen Frage erreicht worden ist: Kurzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Lohnverhältnisse, Schutz und Hilfe der Armen und Bedrückten in mannigfacher Hinsicht, nicht durch sie erreicht, so nicht einmal erstrebt wurde, sondern von ganz anderer Seite in dornenvollem Kampfe mühsam errungen worden ist?

So schnell und ungemeinlich ist den Herren geworden, daß sie zu einer strengen allgemeinen Offensive rüsten. Alle Pfarrkirchen müssen dazu herhalten. Keine Zeit ist zu verlieren, also wenn schon, dann schon jetzt vom Sonntag, den 29. Januar, bis Sonntag, den 5. Februar. Täglichster aus dem Franziskanerkloster Carlowitz, aus dem Benediktinerkloster Grüssau, aus dem verstorbenen Niederlassungen der Jesuiten in Breslau — und deren gibt es mehr als man gemeinhin annimmt — ja selbst aus dem Ballonkloster in Frankenstein, alles Redner von mir müssen her-

Geschichte der Arbeiterbewegung.

Morgen, Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, findet in Zimmer 9 (nicht wie bisher Zimmer 11) des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, die dritte, letzte Zusammenkunft des Kurses des Genossen Rudolph über „Die Geschichte der Arbeiterbewegung“ statt.

Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau.

halten. Diese Herren Pfarrer haben es eigentlich recht bequem, gibt es wirklich mal besondere Arbeit auf der Kanzel und im Beichtstuhl zu leisten, so läßt man dazu Ordensleute kommen, gibt ihnen etwas Geld, hat keine Arbeit und kann sich doch den Erfolg zugute schreiben. Ja, das ließe Geld regiert halt auch Kanzel und Beichtstuhl.

Also kann man auf großen Plakaten, angeheftet an den Portalen aller katholischen Pfarrkirchen es lesen: Abendvorträge in allen Pfarrkirchen Breslaus und der Umgegend von Sonntag, den 29. Januar, bis Sonntag, den 5. Februar. Was alles noch auf den Plakaten steht, beweist, daß es sich um eine große Gegenoffensive handelt gegen das allgemein erwachende Streben, sich vom Kirchenstaat zu befreien, um wirklich menschenwürdig, nach Verstand und Gemessen zu leben. Nicht für Religiosität und Gottesliebe soll gekämpft werden, sondern gerichtet wird pro domo, für den eigenen Heilstiel, für den persönlichen Stand und die damit verbundene Ehre und Würde, mit einem Wort für das Kirchenium. Das Ziel der Abendvorträge wird angegeben: „Das Erwachen der Kirche in den Seelen“. Die einzelnen Vorträge lauten: 1. „Was hast du an der Kirche?“ 2. „Kirche und christliches Familienideal“. 3. „Kirche und wirtschaftliche Not“. 4. „Kirche und Kirchensteuer“. 5. „Das Menschliche in der Kirche“ usw.

Was immer mag darüber geredet werden, die Katholiken sprechen doch lauter als die beredtesten Worte: Das Menschliche in der Kirche wird weiter gegen ihre Heiligkeit reden, die Kirchensteuer, die hohen Stolgebühren, die hohen Gehälter der Geistlichen beweisen weiter, daß alles Geschäft ist gegen die wirtschaftliche Not wird weiter geredet und nicht gehandelt werden. Denn wahrlich, eine Organisation, wie sie die katholische Kirche darstellt, müßte doch ganz anders gegen den Weltkrieg und die sozialen schreienden Ungerechtigkeiten vorgehen, als sie es tut.

Bei der Wahl der Thematik noch nicht vor dem offensiven, man kann auch schon defensiven Charakter dieser Abendvorträge der nächsten Woche belehrt hat, der konnte die Wahrheit aus dem Munde des Pfarrers Lehner, Pfarrer der neuen Petruscanis-Gemeinde an der Fürstenstraße, hören. In einer am Freitag abend im Kipfegarten abgehaltenen Hauptversammlung des Kirchenbauvereins erhob er laute Klage über den großen Umfang der Kirchenaustrittserklärungen. Es erfolgten, sagte er, in einer großen katholischen Pfarrgemeinde der Stadt in einer Woche elf Austrittserklärungen. Um der Kirchenaustrittsbewegung Einhalt zu gebieten, sollen in den einzelnen Pfarrkirchen Abendpredigten abgehalten werden, zu denen die abseits der Kirche stehenden Gemeindemitglieder durch Schreiben eingeladen werden sollen, die von Laienhelfern persönlich zu überbringen sind. Welcher Entrüstungsschrei würde von der Geistlichkeit erhoben werden, wenn umgekehrt die „Gläubigen“ zu sozialdemokratischen Versammlungen durch Boten eingeladen würden?

Vorträge für Arbeitslose.

Das Arbeitsnachweissamt veranstaltet in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft zur Beförderung der Geschlechtskrankheiten vier Vierbildauftritte für Männer und zwei für Frauen über das Thema: „Wie preisen die Geschlechtskrankheiten in das Leben der werktätigen Bevölkerung ein?“ Die Vorträge für Männer werden von Tertzen, die für Frauen von Bergmänninnen gehalten. Eintrittssätze sind, solange solche vorhanden, an den Zuhörern in den Rechenstellen auf Wunsch in Empfang zu nehmen.

Der Ringerwettstreit im Zirkus Busch.

Am Mittwoch fahren wir Ehrens mit Sylla kämpfen. Wiederholte lag Ehrens sehr kräftig, konnte sich jedoch immer wieder der wuchtigen Körperlöslichkeit seines Gegners gefährdet entwinden. Als das Treffen nach zwei Güngeln als unentschieden abgebrochen wurde, war Sylla sichtlich erstickt. Der Pole Steeler, der darauf mit Willing - Berlin rang, hatte verhältnismäßig leichtes Spiel, denn bereits im ersten Gang lag der Berliner besiegt auf der Matte. Recht komplizierte schaffte hier der Kampf zwischen Kawan - Wien und Steeler - Belgien. Der Belgier wird leicht nervös und läßt sich in der Hitze des Kampfes zu mehr oder weniger groben Verstößen gegen das Reglement hinziehen. Er erhielt deshalb wiederum zwei Warngaben. Schließlich mußte er logar vom Kampfleiter für diesen Abend disqualifiziert werden, weil er Kawan in der Brüder zu heftig mit dem Kopf aufführte. Dennoch wurde der Sieg Kawan zugesprochen. Zum Schlusß gab es noch einen Entscheidungskampf zwischen dem Schweizer Grüneisen und dem Polen Kisch. Im zweiten Gang kam Grüneisen auf beide Schultern zu liegen, überrollte sich aber blitzschnell und riß den Sieg über Kisch nach sich an. — In die Konkurrenz neu eingetreten ist Tibermann-Lüttich, der hier in Breslau getragen hat.

Die Praxis des Betriebsrätegesetzes.
Zweiter Kurzusabend der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Breslaus.

Der von Genossen Dr. Matkiewich am Ende des vergangenen Jahres begonnene Schulungskurs über die „Praxis des Betriebsrätegesetzes“ nahm am vergangenen Dienstag seinen Fortgang. Nach Eroffnung der wiederum sehr gut besuchten Versammlung durch Kollegen Ruzick sprach der Redner zunächst über das Betriebsräte Wahlverfahren und die Geschäftsführung des Betriebsrates.

Die Wahl eines Betriebsrates ist ein von dem vorherigen Betriebsrat bestellter Wahlvorstand ein. Wo ein solcher nicht vorhanden ist oder seiner Verpflichtung nicht entspricht, muß der Arbeitgeber die drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmer zu dieser Funktion bestimmen. Im Wahlausschreit muss mindestens zehn Tage vor der Wahl die Anfüllung erfolgen, in einer Wählerliste müssen sämtliche Wahlberechtigte eingezeichnet sein. Die Wahl der Betriebsräte erfolgt unmittelbar und geheim nach den Grundlagen des Verhältniswahlrechtes. Auf Wahlvorschlagslisten müssen die vorgeschlagenen Bewerber in mindestens doppelt so großer Anzahl, als Betriebsräte einschließlich Ergänzungsmitglieder zu wählen sind, enthalten sein. Ist nur eine Liste vorgelegt, so gilt diese als gewählt, bei mehreren Listen muß gewählt werden. Der Wahlvorstand hat von sich aus kein Recht, nicht ausübungsfähige Bewerber vor der Wahlvorschlagsliste zu streichen, selbst bei unheilbarem Mangel hat er hierzu keine Befugnis. Dagegen hat der Wahlvorstand die Pflicht, von der Wahl ein Protokoll anzufertigen, die Gewählten von ihrer Wahl zu benachrichtigen und das Wahlergebnis mindestens vierzehn Tage zum Aushang zu bringen. Für spätere gerichtliche Entscheidungen ist die Aufbewahrung der Wahlausführungen durch den Betriebsrat sehr wichtig. Sehr wichtig und heut noch oftmals umstritten ist die Frage, wann der Betriebsrat in seine Funktion tritt und somit gelegentlich geschah ist. Die eigentliche Meinung nimmt den Amtsbeginn mit dem Tage seiner Wahl an, denn mit der Benachrichtigung des „gewählten“ Betriebsrates ist schon deutlich ausgedrückt, daß die Mitgliedschaft erworben ist.

Unklarheiten bestehen oft noch bei der Geschäftsführung des Betriebsrates. Bei über neun Betriebsrats-Mitgliedern muß ein Betriebsausschuß gewählt werden, erst dieser wählt dann den Vorsitzenden. Jeder Betriebsrat hat das Recht, sich auch eine eigene Geschäftsführung zu geben. Die Sitzungen werden von dem Vorsitzenden einberufen, der die einzelnen Mitglieder rechtzeitig über die Sitzung und auch über den Beratungsgegenstand zu benachrichtigen hat. Es müssen, um der Sitzung Beteiligungsfähigkeit zu geben, mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sein. Bestritten ist die Frage, ob ein Mitglied mit stimmen kann, wenn er an der zu beschließenden Angelegenheit persönlich interessiert ist. In Zweifelsfällen hat für ihn sein Erzähmann einzutreten. Das über die einzelnen Sitzungen anzuvertragende Protokoll wird oft noch sehr vernachlässigt, was bei eventuellen späteren gerichtlichen Entscheidungen, namentlich bei Entlassungsfragen, von Nachteil sein kann.

Wann erlich ist die Mitgliedschaft im Betriebsrat? Sie erlischt ohne weiteres bei Niederlegung des Amtes, dies muß aber durch eine ausdrückliche und klare Erklärung gegenüber dem Vorstehenden erfolgen, darf also nicht willkürlich angenommen werden. Ebenso ist die Mitgliedschaft beendet bei Verlust einer der Eigenschaften, die Herauslösung der Wählbarkeit bildet, wie zum Beispiel Verlust der Ehrebarkeit usw. Die Beendigung des Arbeitsvertrages hat ebenfalls den Verlust der Stellung als Betriebsratsmitglied zur Folge. In besonderen Fällen also kann es zu einer Wiederauflebung der alten Funktionen kommen, so zum Beispiel infolge der Friedensklausel nach einem Streit oder einer Aussperre. Das Arbeitsgericht kann wegen großer Verletzung der gesetzlichen Pflichten auf Entzug des Arbeitgebers oder einem Streit der wahlberechtigten Wähler die Auflösung des Betriebsrates beschließen.

In der anschließenden Aussprache drückte sich die Teilnahme der Zuhörer in einer tiefen Fragestellung aus. Fragen von prinzipieller Bedeutung standen ausführliche Beantwortung. Bei der Frage der Wiederauflebung des Amtes wird auch der Urlaub gestreift. Hier heißt es, namentlich für Betriebsräte, recht vorstellig zu sein und klare Vereinbarungen zu fordern, sich auf keinen Fall mit Herausgabe von Papieren und einer laren Erklärung des Arbeitgebers begnügen. Bei Entlassung von sämtlichen Arbeitern und deren späterer Wiederaufstellung lebt wohl auch das Amt des Betriebsrates wieder auf, jedoch ist es besser, in solchen Fällen Neuwahlen vorzunehmen. Wenn eine Belegschaft, wie zum Beispiel im Salzgewerbe, vorübergehend unter die gesetzliche Mindestzahl sinkt, so bleibt der Betriebsrat auch während dieser Zeit bestehen. Bei Entlassung eines Betriebsrats-Mitgliedes tritt sofort das Erzähmann auf dessen Stelle und genießt von diesem Augenblick an schon den Schutz des Betriebsratsmitgliedes. Eine Reihe weiterer Fragen wird an späteren Abenden noch beantwortet werden.

Der nächste Kurzusabend findet am Dienstag, den 7. Februar, abends pünktlich 7½ Uhr, statt.

Im Zoologischen Garten

können nicht die Hälfte der Urwaldtiere besichtigt werden, die heut im Filmstreifen in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen in ihren wilden Lebendigkeiten gezeigt werden. Neben den Beobachtern Abnehmen sehen wir auch die Expedition beim Einfangen der wilden Tiere für den Berliner Zoo. Welche Gewandtheit und Geschicklichkeit dazu gehört, solche Raubtiere zu überlisten, davon kann sich kaum ein Mensch, der die Tiere dann in jedem Zoo in Gefangenheit sieht, eine richtige Vorstellung machen. Als Beute schleppen die Jäger nach Deutschland: Giraffen, Nashörner, weiße Geier, Seidenaffen, Warzenschweine, Blauhalssträuße, Ochsen- und Gänsegeier, Hyänen, Elefanten, Puffotter, unzählige Arten der Vogelwelt und Krokodile. Zu diesem Kulturfilm läuft außerdem noch der Hauptfilm: „Wenn Meer und Himmel sich berühren“, ein Seemannsabenteuer mit spannenden Momenten. Kinder von 6 Jahren haben Zutritt. Beachten Sie bitte das heutige Interat in den lokalen Teil.

Herrnster Herrnster

Wenn Meer und Himmel sich berühren

Aufgewühlte Meerestiere

Ungarische Seemöve

Mit diesen Naturgewalten kämpft der

Wolfsfänger Barrymore

Kulturfilm:

Herrnster im Abessinien u. die Volkswochenzeit

Nur 2 Tage:

Donnerstag, 26. Januar u. Freitag, 27. Januar, 5 u. 8 Uhr

in den Gewerkschaftshaus - Lichtspielen

Kinder von 6 Jahren ab haben Zutritt

Liebliche Preise!

Zeitig kommen siehrt gutes Platz!

Generalversammlung

des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen war am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses zur Generalversammlung zusammengetreten. Die vom Vorsitzenden, Kamerad Pröbel, geleitete und gut besuchte Versammlung nahm zuerst den Geschäftsbereich entgegen, den Kamerad Goetziger eröffnete. Nach diesem Bericht verfügt die Ortsgruppe über 5136 zahlende Mitglieder, und kann dennoch einen höheren Zugang aufweisen, der sich gleichmäßig aus Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern zusammensetzt. Die kleinere Inanspruchnahme der Geschäftskasse führte zur Feststellung eines neuen Sektetars. Außer den zahlreichen Mitgliedern und öffentlichen Verlumungen, wie den notwendig gewordenen Vorstands- und Funktionserhebungen, wurden im Verlauf des Jahres 1927 in der Geschäftsstelle 2923 Auskünfte erteilt. Neuanträge auf Rente wie auch Belegschaftsanträge wurden rund 1000 gestellt. Besonders hervorzuheben sind dabei zwölf Anträge von Dienstboten, die in letzter Zeit versorgerter Kriegsteilnehmer waren, bisher noch keine Rente gezahlt worden war, deren Anträge durch die Tätigkeit des Reichsbundes erfolgreich zur Durchführung kamen. So wurde insgesamt an Neuzulassungen und Erhöhungen von Renten die Summe von 45 000 Mark erreicht, einschließlich der noch durchführbaren Ansprüche auf Aussichts- und Tilgungszulage, 65 000 Mark, die somit ausschließlich der Mitgliedschaft der Ortsgruppe zugute kommen. Es verfehlt sich von selbst, daß die übrigen Ansprüche, die sich aus dem Reichsvorzugsvertrag ergeben, von der Ortsgruppenleitung entsprechend wahrgenommen wurden. So lebten noch 43 Beamten, 37 Witwenrenten, 15 Witwendienstleistungen, 27 Elternrente, 137 Verhinderungs- und Nachprüfungsanträge mit Erfolg bearbeitet werden. Im Berufungsstreit wurden unter 355 angefertigt, während 350 Termine bei den Berufungsgerichten wahrgenommen waren. Die Interessen der Kriegsbeschädigten wurden in 17 Terminen vor dem Arbeitsgericht behauptet, und so noch 4400 Mark für die Kriegsbeschädigten erreicht. In größerem Umfang wurden auch vor Richteramt und Rechtsanwälten mit die Rechte des Kriegsbeschädigten Mieters mit entsprechendem Erfolg vertreten. Das kolossale Wohnumselekt der Kriegsbeschädigten konnte durch Ausmietung von 71 Wohnungen und 45 Siedlungswohnungen gelindert werden.

Vom bestätigten aufgenommenen Geschäftsbereich folgte dann der Kassenbericht des Kameraden Stope, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 68 000 Mark abschließt.

Für den Schätzbericht des Kriegsbeschädigten sprach noch die Kameradin Heiß. Auch hier war die Tätigkeit eine sehr umfangreiche, die in den erledigten 705 Rollen ihres Ausdruck findet. Was in Zukunft für eine höhere Spesenabrechnung und Bewertungsfindung allmählich Rücksicht in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe, Sicherheit davon, daß es über nachmittags statt während Dienstag und Donnerstag von 15 bis 1 Uhr im Zimmer 11, Ritterstraße 1, die notwendige Zuflucht an Hinterbliebenen erteilt wird. Hier kann auch die Anträge auf Haussanierung und Instandsetzung gestellt werden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Da Gegenvorläufe nicht vorliegen, wurde der alte Vorstand mit Pröbel als Vorsitzender und Stope als Kassierer einstimmig wiedergewählt.

In der vorbereiteten Debatte beteiligten sich die Kameraden Winkler, Thiel, Ebermann und einige Kameradenfrauen, deren Ausführungen durchaus sachlich, dem Ziel und Zweck des Reichsbundes entsprechen. Im Schlußwort führte Kamerad Pröbel aus, daß auch der neu gewählte alte Vorstand im laufenden Geschäftsjahr bestrebt sein wird, durch rechte Tätigkeit die Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu verbessern, da bis heute ein zufriedenstellender Zustand noch nicht erreicht ist. Sache der Kriegsbeschädigten wie auch der Hinterbliebenen ist es, durch Erwerbung der Mitgliedschaft im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen an den noch notwendigen Verbesserungen mitzuwirken.

Die Reichsbahn vor dem Arbeitsgericht.

Sie kostet nur vier Mark.

Das Prestige der Reichsbahn ist in Gefahr. Vier Angestellte haben eine Arbeit, für die sie nicht genügend werten, verweigert. Der Dienstleiter fordert entgegen Gebotsherrnmeigerung und jeder der Verdreher hat eine Mark Strafe zu zahlen. Dieser Willkür trat nun der Betriebsrat entgegen, indem er seine Zustimmung zu dieser Bestrafung verweigerte. So etwas oder kann ja eine Reichsbahn nicht dulden lassen; sie wendet sich an das Arbeitsgericht, das in einem Beschlußvotum den Betriebsrat zur nachträglichen Zustimmung verurteilte. Das der Betriebsaufnahme ergibt ist, daß die vier Bahndienstleiter das Entfernen eines Jungen verweigert haben, weil ihnen der Gesuch zur Zurücknahme des Kleidels gegeben hatte, daß er ihrer Hilfe nicht benötige. Der Betriebsrat konnte durch seine Arbeitsvertretung, also auch keiner Grund zu einer Bestrafung finden. Da die vier Angestellten wegen dieses Vorfalls in eine andere Beschäftigung mit einer monatlichen Leistungsumlage (nur

30 Mark (!!!) eingetellt worden waren, hielt er sie schon für bestraft genug. Die Verhandlungen über die vier-Mark-Streitigkeit sind nicht einfach, endlos wird verhandelt, Kompetenzstreitigkeiten über die Berechtigung zur Erteilung eines Besetzes erörtert und schließlich ein Lokaltermin an dem betreffenden Hauptbahnhof in Königsberg anberaumt. Alles, weil die Deutsche Reichsbahn ihr Unrecht zu verlieren glaubt, wenn die Arbeiter nicht mit je einer Mark bestraft werden.

— und wird wegen unbilliger Härte bei Entlassungen verklagt.

Eines Tages wird in den Betriebswerkstätten durch Ausschung bekanntgegeben, daß für die Drei Werkstätten eine Angestellter freigestellt werden. Da Drei in einer niederen Ortsfläche ist, also die Bevölkerung dort einen Verdienstausfall von 7 Pf. pro Stunde bedeckt hätte und der weite Arbeitsweg auch keinen Nutzen hätte, meldete sich fast niemand. Daraufhin wurde eine Anzahl der Arbeiter einfach für Drei bestimmt und als sie sich bewegten, der Verlehung zu entsprechen, einfach entlassen. Dagegen logten die Betroffenen beim Betriebsrat Einspruch wegen unbilliger Härte ein, der von diesem anerkannt, zu einer

Hier versuchte die Reichsbahn der Sache ein anderes Gesicht zu geben. Die Entlassungen seien lediglich als wirtschaftlich notwendige Maßnahmen erfolgt, und in der betreffenden Werkstätten keine Arbeiten mehr gewesen. Große Blöcke wurden ausgebaut, Produktionsstillstände vorgebracht. Sachverständige gehörten, um zu beweisen, um wieviel rentabler die Werkstätten in Drei arbeiteten. Die Frage aber, warum man dort nicht gleichen Lohn wie in Breslau zahle, konnte nur mit dem Hinweis auf den Tarif beantwortet werden. Im übrigen — und das wurde mit besonderem Pathos gesagt — habe die Reichsbahn zu hohe logische (?) Verpflichtungen von welcher Gehaltsgruppe an? Die R.R., die zu solchen Maßnahmen zwingen (?!). Stundenlang gingen die Verhandlungen, die wertvolle Einblicke in die Erzieherpolitik der Reichsbahn vermittelten, aber die Beweisannahme immer mehr erschwert. Schließlich kam es zu einem Vergleich, nach dem die entlassenen Handwerker und Arbeiter je nach der Länge ihrer Beleidigungsdauer mit ein bis vier Monate Lohn entzädigt wurden.

Eine leichtsinnige Klage gegen den Betriebsrat.

Der Bedienstete K. wurde eines Tages von der Reichsbahndirektion entlassen. Einige Wochen darauf mußte er wohl gehört haben, daß der Betriebsrat auch ein Wort bei Arbeitserlässungen mitreden habe. Wie man sicher der Betriebsrat Schuld an seiner Entlassung. Nun reicht vor das Arbeitsgericht und den Betriebsrat auf Schadenerfolg verklagt, weil er seine Entlassung genehmigt habe. Hier aber mußte er sehr Entschuldungen erleben. Zunächst hatte er die neu gewählte Betriebsvertretung vor dem Rath gebracht, die zurzeit seiner Entlassung noch nicht in Funktion war. Dann aber stellte es heraus, daß junger Käfiger überhaupt keinen Einspruch gegen seine Entlassung beim Betriebsrat eingelegt hatte, der somit also nichts von seiner Entlassung wußte. Mit Rath war er über diese Leichtsinnigkeit erbittert und der Betriebsrat gab zur Ausübungnahme der Klage, die vom Vorsitzenden des Gerichts vorbereitet wurde, nicht seine Zustimmung. Der Kläger wurde sofort abgewiesen, und hatte die Gerichtskosten zu tragen.

Ein „dankbarer“ Unternehmer.

Vor dem Arbeitsgericht liegt ein kriegsbeschädigter Angeklagter. Nach vierzigjähriger ununterbrochener Tätigkeit hatte eines Morgens der Kläger einen Brief erhalten, in dem ihm sein Arbeitgeber in hönigten Worten seinen würdevollen Dank für die langen treuen Dienste ausstrahlte und — zum nächstzulässigen

Termint kündigte. Gleichzeitig aber bot ihm der Chef an, sofort aus dem Betrieb auszuscheiden. In dem Fall wollte er ihm „bis auf weiteres“ eine Pension von 60 Mark monatlich zahlen. Hiermit war der Arbeitnehmer einverstanden, und so zog er nach am gleichen Tage aus der Firma aus.

Pünktlich erhielt er in den folgenden Monaten die bewilligte Pension überwiesen. Aber nur ein halbes Jahr lang, dann belastete er einen Brief, in dem etwas von den schweren Zeiten und den schlechten Geschäfttagen stand, und der mit der Mitteilung endete, daß die Zahlung der freiwillig gewährten Pension von jetzt an eingestellt würde. Mit dieser endgültigen Beendigung des vierzigjährigen Arbeitsvertritts war der Empfänger des Briefes nicht einverstanden. Zumal da er in den sechs Monaten vor Pension nur die Hälfte dessen erhalten hatte, was er bei Einhaltung der gelegenen Kündigungsfrist in dem Betrieb verdient hätte. Der Fall kam vor das Arbeitsgericht und in der Berufungsverhandlung vor das Landesarbeitsgericht. Ohne auf die moralische Seite der Handlungswweise des Arbeitgebers einzugehen, stellte das Landesarbeitsgericht fest, daß die freiwillig gewährte Pension nicht weiter widerhalten werden dürfe, sondern daß sie lautesten weiter zu zahlen sei. Die betroffene Firma führte zwar aus, daß sie in dem ersten Schreiben an den Kläger gleich die Redewendung „bis auf weiteres“ gebraucht hätte, um eben später die Pension wieder rufen zu können. Das Gericht stellte aber fest, daß es nicht davon ankomme, was für Hintergedanken die Partei bei Abberufung des Schreibens hatte, sondern daß einzig und allein das einscheldend wäre, was der Kläger nach Treu und Glauben aus dem Schreiben herauslesen konnte. Und da sei eben eine Gewährung von 60 Mark Pension bis an sein Lebensende eine nachträgliche Gegenleistung für die Dienste, die der Kläger der Firma in den langen Jahren geleistet hatte. Die ominösen Worte „bis auf weiteres“ hätte der alte Angestellte nur in bezug auf die Höhe des Entgelts auffassen können. Seit der Inflationszeit werde man eben öfter eine solche Erklärung für künftige Leistungen an. Ein vernünftiges Urteil und eine blamierte Firma. Der Vorgang selbst zeigt in hellem Lichte das Los der ausgedienten Angestellten.

Die sogenannte Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung.

die auch in Breslau ein Ortsgruppen unterhält, die ihre Geschäftsstelle Tolkenstraße 28 eingerichtet hat, veranstaltete in der Börse eine öffentliche Versammlung, zu der die Inflationsgeschädigten eingeladen waren. Im leidlich gefüllten Börseplatz Sonnabendvormittag führte der Reichsgericht in Leipzig. Der Redner führte den Mietern, Kriegsverletzten und Inflationsgeschädigten vor Augen, daß alle Parteien, von den Deutschnationalen an bis zu den Demokraten, verzogen hätten. Da Herr Löder aber auch der SPD diefe Vorwurf mache, so zeigte er damit nur seine politische Unreife. Weiß denn Herr Löder nicht, mit welcher Energie sich gerade der SPD-Abgeordnete K. im Reichstag für eine gerechte Aufwertung eingesetzt hat? Aber es verlohnt wirklich nicht, soches Demagogengeschwätz ernstlich zu widerlegen. Eine Unverfrorenheit ist es auch, wenn in einem Versammlungsauftritt dieser famosen „Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung“ geklagt wird, die Erhöhung aller Bedarfsgegenstände geschehe ebenfalls mit Hilfe der Sozialdemokraten. Mit so albernen Behauptungen will also diese Splittergruppe Wähler einsingen. Gerade die Inflationsgeschädigten sollen sich die Leute genau ansehen, die sich ihnen als die „wahren Retter“ anpreisen. Der Betriebsanwalt Winter aus Leipzig, der in Breslau stets überfüllte Versammlungen erzielte und 50 Pfennige pro Person Eintritt nahm, ist so recht ein Schulbeispiel dafür, wie leicht sich die Inflationsgeschädigten blussen und prellen lassen.

AUFWERTUNG AUFWERTUNG

Glanzpunkte unserer Angebote!

Punkt 1

Morgenröte
einen Plauschstoff
mit Gardierung

Stück

375

Punkt 2

Große Posten
Gardinen und
Stores

Preisermäßigung bis

50%

Punkt 3

Schaffte volle
Kinder-
Stricksachen

Preisverringerung
Wegen Anzahl bis

50%

Punkt 4

Mehrere 100 Kupons
2 1/2 Meter

Pa. Ets. Perkal
für Oberbekleidung und Kragen
ausreichend, gesäubert, karriert und gesäubert, Kupons

335

Punkt 5

Restbestände
und einzelne Winter-
Kindertrikotlagen

bis
50%
herabgesetzt

Punkt 6

Über 100 Dutzend
reduzierte
Taschentücher

für Damen und Herren

100% Webstoff

45

Punkt 7

Herren-
Tricothemd
marktfähig, mittelgröße

270

Passendes Hemdstück

215

Punkt 8

Waschsalzene
Damenstrümpfe
ausgestopft, in allen
niedrigen Farben

Paar

245

LEINENHAUS

Stein & Konowaloff

BRESLAU

Aus aller Welt.

Hauseinsturz in Kassel.

Am Mittwoch vormittag um 10.30 Uhr stürzte in der Stiftstraße 48 in Kassel der nahezu vollendete Rohbau eines von der Firma Rudolf Karstadt aufgeführten Fabrikneubaus mit donnerartigem Geräusch zusammen. Der leitende Maurerpolier hatte kurz vor 10 Uhr ein plötzliches Schwanken und Bewegen des Baues wahrgenommen, das in ein leichtes Senken der nach Norden zuliegenden Mauern überzugehen schien. Er ordnete daraufhin sofort an, daß sämtliche Bauarbeiter die Gerüste zu verlassen hätten. Kaum war das geschehen, als auch schon der fast vier Stock hohe Bau zusammenstürzte und alle Gerüste mit sich riß. Hierbei wurden vier Bauarbeiter unter den Trümmern begraben, die von der herbeigerufenen Berufsfeuerwehr mit schweren Verlebungen geborgen werden konnten. Drei weitere Arbeiter kamen mit leichteren Verlebungen davon. Ein Monteur ist im Kellergewölbe des Fabrikgrundstückes eingeschlossen. Man rechnet jedoch damit, daß der Monteur noch lebend angefahren wird. Das ganze Gebäude ist vollkommen zerborsten und bis auf kleine Mauerreste eingestürzt. Das Unglück soll auf die Nachlässigkeit des Bauunternehmers zurückzuführen sein, der angeblich schlechten Mortel zur Bindung der Backsteine verwendet hat. Nach anderen Angaben soll ein Betonpfeiler gestorben sein, so daß die Last der Decken bis auf den Boden durchslagen konnte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Eine spätere Meldung besagt:

Der am Mittwoch bei der Kasseler Einsturzatastrophe in den Kellergründen des zusammengebrochenen Neubaus eingeflossene Montagmonteur Karl Kapp von den Eisenwerken Altona-Ottensen konnte am Abend des gleichen Tages nur noch als Leiche geborgen werden. Der bei dem Unglück schwerverletzte 35jährige Bauarbeiter Hesse aus Nützenhausen ist ebenfalls nach am Mittwoch seinen schweren Verlebungen erlegen.

Der Untergang des Schleppdampfers Albatros.

Zu dem bereits gemeldeten Untergang des Schleppdampfers Albatros steht die Bugssier-Reederei und Bergungs-Aktiengesellschaft in Hamburg mit, daß der Dampfer Albatros mit dem kleinen norwegischen Dampfer Mauritius im Schleppdampf auf der Reise von Portland, wo er zuletzt seinen Kohlenvorrat ergänzt hatte, nach Bergen befand. Soweit die bisherigen Nachrichten erkennen lassen, habe der Kapitän des Dampfers Albatros trotz der herrschenden schweren Stürme den geschleppten Dampfer nicht seinem Schicksal überlassen wollen, sondern bis zuletzt versucht, das geschleppte Schiff in den sicheren Hafen zu bringen. Dabei ist der Schleppdampfer selbst mit der ganzen 13 Mann starken Besatzung ein Opfer der Wetterfüllung geworden. Die Mauritius ist inzwischen in einen kleinen Hafen in der Nähe von Tønsberg eingelaufen.

Eine deutsche Tafel gesunken.

Mittwoch nacht ist die deutsche Tafel „Thorwald“, die mit Brüder auf der Reise von Hamburg nach Kalundborg (Seeland) war, los geworden und dreiviertel Meilen von Romsoe entfernt, gesunken. Die aus drei Mann bestehende Besatzung rettete sich im letzten Augenblick in die Schiffssjolle, die heute vormittag bei Reetsoe landete.

Gestohlene Fabrikationspläne.

Ein neuer Fall von Werkspionage hat sich bei den Gerlach-Werken in Nordhausen abgespielt. Im Dezember vorigen Jahres traten zwei Ingenieure aus diesem Werke aus und nahmen bei der Kromhout-Werke U.G. in Brake (Oldenburg), einer Zweigniederlassung der Amsterdamer Firma gleichen Namens, Stellung. Die beiden Ingenieure waren in den Gerlach-Werken mit der Konstruktion eines neuen Dieselmotors beschäftigt gewesen, der als Kompressor- und ventilloser Diesel eine außerordentlich bedeutungsvolle Neuerung auf diesem Gebiet darstellte. Nach ihrem Ausscheiden wurde festgestellt, daß der größte Teil der in ihrem Büro vorhandenen Zeichnungen, Korrespondenzen, Versuchsergebnisse usw.

100 Jahre.



General George W. Goethals,



der Erbauer des Panamakanals, starb in New York im Alter von 70 Jahren. Goethals, einer der fähigsten Militäringenieure der Vereinigten Staaten, hatte im Jahre 1904 den von Lesseps begonnenen Bau des Panamakanals fortgesetzt und ihn 1914 vollendet.

fehlte. Von der Staatsanwaltschaft wurde daraufhin eine Durchsuchung der Kromhout-Werke in Brake vorgenommen und einwandfrei festgestellt, daß allein über 200 vollständige Originalzeichnungen in dem Kromhout'schen Werk vorhanden waren, und daß die bereits dort angefertigten neuen Zeichnungen größtentheils von den Gerlach-Zeichnungen kopiert waren. Einige Gerlach-Zeichnungen waren bereits vor dem Übertreten der Ingenieure in die Kromhout-Werke nach Brake gesandt worden. Auf Grund einer vorgefundene Korrespondenz steht ferner einwandfrei fest, daß der Direktion der Kromhout-Werke bekannt war, daß Zeichnungen von den Gerlach-Werken in ihrem Betriebe verwendet wurden. Gegen die beiden Ingenieure wird ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Orkan über England.

In den letzten Tagen wurde ganz England abermals von schweren Stürmen, die eine Geschwindigkeit von hundert Stundenkilometern erreichten, heimgesucht. Die Flüsse führen wieder Hochwasser. Auf der Westküste sind mehrere Streden durch Erdbrüche unpassierbar geworden; sie mußten gesperrt werden. In Leeds wurde ein Mann von einer stürzenden Mauer erschlagen. In der Umgebung von London sind schwere Lastwagen und Omnibusse von der Gewalt der Windböe über die Straße geworfen worden. Der schwerste Schaden wurde der Schiffsahrt zugefügt. Auf dem Atlantik wüteten Stürme von unheimlicher Stärke. Auf dem White-Star-Dampfer „Albertic“ wurden die Rettungsboote bereit gehalten, da man befürchtete, daß das Schiff von den stürzbaren Brechern zerstört werden könnte. Der Frachtdampfer „Loch Lomond“ mußte an der Küste von Wales von der Beschaltung verlassen werden; das Schiff ist gestrandet.

In Manchester wurde der 5000 Tonnen Dampfer „Halcyon“, der durch den Schiffskanal geschleppt wurde, kurz vor einer Schleuse von einer Strömung erfaßt und gegen die Mole gedrückt. Beim Zurückschwören stieß der Schiffstrumpf mit großer Gewalt gegen zwei Schleppähne, die an einem Trossende lagen und auf dem 200 Arbeiter beschäftigt waren. Die beiden Rähne wurden vollständig zerdrückt und zum Sinken gebracht. Das Dock erlitt nur geringe Schäden, da der Anprall durch die Rähne gemildert wurde. Die Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Schwere Stürme wüteten auch über dem Atlantischen Ozean auf der Höhe von New York. Das Thermometer ist auf 11 Grad unter Null gefallen. Bei Neufundland geriet ein französisches Schiff in einen furchtbaren Schneesturm. Elf große Passagierdampfer sind durch den Sturm in Mitleidenschaft gezogen worden, darunter die deutschen Dampfer „Berlin“ und „Hamburg“, die sich auf der Fahrt in die Heimat befinden.

Ein Schulhaus eingestürzt.

In einem kleinen Orte in der Nähe von Tennessee (Nordamerika) stürzte am Dienstag infolge eines schweren Orkans die Schule ein. Dabei wurden vier Kinder getötet; etwa 20 Kinder erlitten mehr oder minder schwere Verlebungen.

Verhaftung mehrerer Mörder.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es am Mittwoch gelungen, einen seit neun Jahren gesuchten Zigeuner namens Martin Leimbach in Bielefeld zu stellen und verhaften zu lassen. Leimbach, der u. a. einen Mord auf dem Gewissen hat, kontinuierlich zweimal festgenommen werden, ist aber jedesmal aus dem Gefängnis entsprungen. Bei den umstehenden Ermittlungen nach ihm wurde auch der Zigeuner Hans Steinbach, der schon seit längerer Zeit wegen Betruges und Diebstahls geflohen war, festgenommen. Außerdem verhaftete man in Tepotz an der Orla einen Zigeuner Franz Kiebitz, der wegen Mordes verfolgt wurde.

Fabrikbrand bei Gera.

Dienstag abend, gegen 8 Uhr, brach in Klein-Bernsdorf im Landkreis Gera in der Teplichmühle bei von Raundorf und Roser ein Großfeuer aus, das erst gegen 2 Uhr morgens gelöscht werden konnte. Das Webereigebäude ist von dem Brande so mitgenommen worden, daß der Betrieb bis auf weiteres stillgelegt werden muß. 180 Arbeiter müssen feiern.

Tödlicher Unfall.

Montag vormittag wurden in Essen zwei junge Tucharbeiterinnen auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstelle von einem Personenkraftwagen angefahren und in den Straßenkreuzen geblendet, wobei das eine Mädchen getötet wurde. Der Kraftwagen, der verbotswidrig auf der linken Straßenseite fuhr, ist unerkannt entkommen.

Familientragödie.

In der Möhringer Straße 7 in Stettin verlegte der Arbeiter Franz Wessel seine Frau durch zwei Revolverkugeln in den Kopf schwer und erhängte sie dann am Dach. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Wessel, der mit seiner Frau in einem Scheidungsprozeß stand und von ihr getrennt lebte, die Tat wegen der dauernden Ehezwistigkeiten begangen hat. Nach einem vorangegangenen Streit wollte am Mittwoch früh in Regensburg der Autischer Peter zwei Schlüsse in die Magengegend. Der Täter flüchtete zunächst, verübte dann aber Selbstmord.

Die Folgen eines Schwindels mit einer singierten Millionenerbschaft.

Um sich und ihren Genossen Geld zu verschaffen, schwindelten der Rechtsanwalt Wilhelm Grüninger und der „Hellscher“ Friedrich Hassenbach in Köln Leuten vor, daß ein Familien-Mitglied Anspruch auf ein Millionserbe habe. Das Geld liege auf einer Frankfurter Bank. Die Herbeschaffung der zur Geldentnahmung der Hauptprüfung erforderlichen Papiere sei aber mit Geldosten verknüpft, weshalb die Betroffene den Leuten Vorschläge bis zum Betrage von 1500 Mark abnahmen. Um die Leute willfährig zu machen, wurden spirituelle Sitzungen veranstaltet, in denen der erwähnte „Hellscher“ erklärte, daß sich die erforderlichen Schriftstücke auf einem hiesigen Friedhof befinden. Es wurde auf dem Friedhof eine Zusammenkunft der Beteiligten herbeigeführt, bei der der „Hellscher“, der sich vorher über die Lage der Gruft und der eingesetzten Särge unterrichtet hatte, eine bestimmte Familiengruft und einen darin befindlichen Sarg bezeichnete, in dem die Schriftstücke liegen sollten. In einer Nacht, kurz nach dieser Sitzung, gingen dann die Beteiligten zum Friedhof und erbrachten dort in roter Weise Gruft und Sarg. Schriftstücke waren natürlich darin nicht vorhanden. Die Beteiligten wurden festgenommen.

Mord und Selbstmord.

Der 20jährige Steinigungsmaler Faver Singer aus Schwandorf erschöpfte in der Nacht zum Dienstag die 20jährige Modellzeichnerin Grete Schneider zu Hause, Tochter eines Überleiters aus Landsberg, und dann sich selbst. Vermutlich handelt es sich um ein Liebesdrama.

Zwei Personen von einem Automobil angefahren.

Ein Personenkraftwagen aus Oberhausen fuhr in Ohligs in ein junges Paar, das auf der rechten Straßenseite inmitten des elektrischen Gleises ging, von hinten herein. Das junge Mädchen stand bald darauf an den Verlebungen, der junge Mann wurde schwer verletzt.

Bahnübergangs-Unglück.

In der Nähe von Hersfeld wurde der Lieferwagen eines Bäckermeisters an einem schrankenlosen Eisenbahnubergang von einer Lokomotive erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Ein Bäckerlehrling wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Der Führer des Wagens der Besitzer, erlitt schwere innere Verlebungen.

Mord aus Eifersucht.

Die Schauspielerin am Bühnenspiel Nationaltheater, Valentina Condici, ist von ihrem Gatten, Emil Goebel, nach einer heftigen Eifersuchtszene erschossen worden. Goebel verfügte dann, sich selbst zu töten. Seine Verlebung ist nicht lebensgefährlich. Die einhalbjährige Ehe war infolge des ungebundenen Lebens der Schauspielerin von Anfang an unglücklich und sollte geschieden werden.

1500 Paar Seidenstrümpfe im W. C.

In einem Kopenhagener Warenhaus hat man vor einigen Tagen eine originelle Endbedeckung gemacht. Die ausgedehnte Klosettanlage des großen Unternehmens verweigerte plötzlich ihren Dienst und zeigte unangenehme Symptome einer hartnäckigen Verstopfung. Nach einer umständlichen Untersuchung des Schadens kam man hinter die Ursache dieser ungewöhnlichen Erscheinung. In einem Knie der Spülleitung in der Nähe der Sentgrube fand man nicht weniger als 1500 Paar gebrauchte Damenstrümpfe. Wie festgestellt wurde, hatten hunderte junger Kopenhagerinnen die von ihnen im Warenhaus gekauften Strümpfe gleich im W. C. des Warenhauses angezogen und die defekten Seidenhüllen mit einem distreten Keilchen fortgeschüttet.

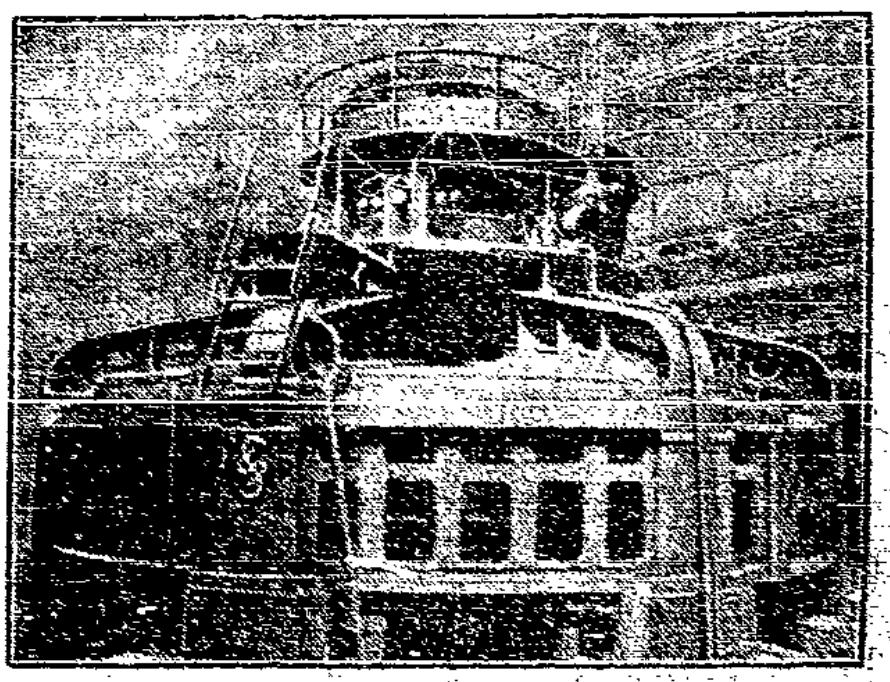
Eine riesige Erbschaft.

Die Witwe von Stephan Hatzke, der zusammen mit Kocheller sen. die Standard Oil Comp. gegründet hatte, hat ein Vermögen von 107 Millionen Dollar hinterlassen, für das 18 Millionen Dollar Erbschaftsteuer zu zahlen waren. Es ist dies das größte Vermögen, das je von den Steuerbehörden des Staates New York verzeichnet wurde. Der Sohn der Verstorbenen, der der Haupterbe ist, erhält über 90 Millionen Dollar.

Eine kündig gehende Uhr.

Wie die „Schweizerische Uhrmacherzeitung“ meldet, ist es einem jungen Neuenburger Ingenieur namens Leo Reuter gelungen, eine kündig gehende Uhr zu erfinden. Sie wird geirte von der Energie, die sich aus den Veränderungen der Temperatur und des atmosphärischen Druckes ergibt. Eine nach diesem Verfahren konstruierte Uhr ist seit mehreren Monaten im Gang.

Riesen der Technik.



Ein Wissengenerator der Siemens-Schuckert für das Donau-Kachlet-Groß-Kraftwerk in Wien. Dieser Motor liefert eine Energieleistung bis zu 500000 Kilowatt.



AUSVERKAUF

beginnt Freitag, den 27. Januar, vorm. 8 Uhr

Wir verschonen Sie mit einem seitentlangen Preisangebot!
Unsere Auslagen in den 10 großen Schaufenstern sagen alles!

H.SACHS
Kaufhaus
Gartenstr. 95

Wirtschaft.

Landwirtschaftliche Standards.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und der deutsch-nationalen Presse haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf die landwirtschaftlichen Standards in Deutschland gelenkt. Die großen Verbraucherverbände, z. B. die Konsumvereine oder die Großhändlerfirmen müssen darauf sehen, ihre Kundenschaft daran mit einer Ware von bester und gleichbleibender Qualität, mit sogenannter Standardware oder Markenartikeln zu beliefern. Die Schaffung solcher Standards ist ein wichtiger Teil des Rationalisierungsprozesses überhaupt.

Wenn der Konsumverein Leipzig-Plagwitz nun die Geschäftsvorbindung mit einer kleinen Molkerei ablehnte und die von ihm benötigte Buttermenge aus Dänemark bezogt, so beweist das nur, dass die deutsche Landwirtschaft gegenwärtig nicht in der Lage ist, standardisierte Ware bester Qualität in genügenden Mengen zu erzeugen. Die deutsche Landwirtschaft ist, ioweit Warenstandards in Frage kommen, hinter den Landwirtschaften anderer Länder, z. B. der holländischen und der dänischen Landwirtschaft zurückgeblieben. Jährling wir jährlich Hunderte von Millionen Mark für Butter an Dänemark, so ist das kein Zufall, sondern die betrübliche Tatsache erklärt sich aus der Rücksicht auf die deutsche Landwirtschaft. Das ist allgemein bekannt. Als z. B. vor einigen Monaten Führer des Reichslandbundes mit den Berliner Firmen über die Belieferung des Berliner Marktes mit deutscher Butter verhandeln wollten, lehnten diese zunächst jede Verhandlung mit der Begründung ab, dass die Inlandsproduktion in ihrem Geschäft überhaupt gar keine Rolle spiele, und nur mit Mühe wären sie zu bewegen, überhaupt über den Inlandsmarkt zu verhandeln. Das ist für die Landwirtschaft bedränglich, aber im Grunde genommen doch nur ein Beweis dafür, wie stark sie reproductionstechnisch in den Hinterrang geraten ist. Das, was die Berliner Privatfirmen der Landwirtschaft gesagt haben, hat auch der Konsumverein Plagwitz bestätigt: Die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft. Nicht mehr und nicht weniger!

Soweit die Schaffung einer Markenbutter in Frage kommt, um die es sich ja bei dem Streit zwischen dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und der Hugenbergs-Presse handelt, muss festgestellt werden, dass die deutsche Landwirtschaft auf diesem Gebiet erst in den letzten Jahren Fortschritte in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Pommern und in Westfalen gemacht hat. In den außerpommischen Bezirken ist die Markenbutter, abgesehen von Oldenburg, so gut wie gar nicht eingedrungen. Lobend müssen die Erfolge in Schleswig-Holstein anerkannt werden. Sie sind hier der Einrichtung einer Kontrollstelle zu verdanken, der Meiereien angehören, die nur beste Qualitätsbutter herstellen. Von einer Zentralstelle, Hamburg, aus wird das Produkt streng kontrolliert. Falls diese Meiereien nicht beste Ware liefern und eine Beseitigung der geäußerten Mängel nicht erreicht werden kann, erfolgt die Entziehung der Marke, d. h. der Meierei wird in Zukunft keine Butter mehr abgenommen, weil sie nicht genügend leistungsfähig ist.

Mit dieser Strenge hat man schließlich in Schleswig-Holstein das erreicht, was dort heute angesuchten und für die ganze deutsche Landwirtschaft vordbildlich ist. Weigern sich nun die deutschen Konsumvereine, Meiereien, die nicht im entfernten das Markenprodukt herstellen, das in Schleswig-Holstein produziert wird, ihre Ware abzunehmen, so tun die Konsumvereine nichts, als die von der Landwirtschaft selbst geschaffene zentrale Butterkontrollstelle tut. Die Abrechnung des Geschäftsverkehrs durch die Konsumvereine sollte als Erziehung, als pädagogisches Mittel genutzt werden. Die deutsch-nationalen Presse macht aber daraus ein Wahlmanöver. Bei den Interessen der Landwirtschaft wirklich dient, braucht man besonders beachtungswert zu werden. Bei den Konsumvereinen liegt das Bedürfnis vor, die Landwirtschaft productionstechnisch weiter zu treiben. Die Hugenbergs-Presse versucht die Landwirtschaft nur dazu, weiter rückständig zu bleiben.

Die Einführung einer Buttermarkte legt natürlich die Erzeugung hochwertiger Milch voraus, die, auch nach Aufstellung der landwirtschaftlichen Organisationen, nur durch strengste Milchkontrolle zu erreichen ist. Wie es mit der deutschen Milchproduktion aber steht, geht aus Aussführungen hervor, die der Reichslandbundsführer Dr. Brandes auf der letzten Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Stettin gemacht hat und die wie folgt lauten: „Es mag hier ganz offen und klar zum Ausdruck gebracht werden, dass das Verständnis für die Anforderungen, die wir an eine gesunde, gute Rohmilch stellen, in weiten Kreisen der Landwirtschaft noch nicht den Grad der Vollkommenheit erreicht hat, den wir als notwendig erachten. Ich habe mich sehr sorgfältig ausgedrückt, aber ich nehme an, dass man den lieben Sirs darüber erfennen kann.“

Das Gesagte in Stettin hat vorzeitig ihre Wirklichkeit erlangt, nicht das Ergebnis der Kriegswirtschaft, so liegt der eben hier erachtete Reichslandbundsführer und Vorsitzende des

Deutschen Reichslandwirtschaftsrates Dr. Brandes, „dass es einfach niederschmetternd ist und dass man es kaum aussprechen magt. Es zeigt sich, dass in einer Vielzahl der Molkerei auch die allernotwendigsten Einrichtungen zu einer qualitativ guten Butterherstellung fehlen.“ Das sind Dinge, die von landwirtschaftlicher Seite selbst hergestellt werden sind; wir müssen gestehen, dass die Kritik, die in der Ablehnung des Geschäftsverkehrs durch den Konsumverein Leipzig-Plagwitz steht, noch nicht annähernd so weit geht. Das übersteht die Hugenbergs-Presse. Bei ihr kommt es ja nicht darauf an, der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft, einen Dienst zu leisten, sondern sie reizt die Lust, sich an der Sozialdemokratie zu reiben, sie auf dem flachen Lande zu verleumden.

Lehnhlich wie auf dem Gebiet der Molkereiprodukte steht es auch mit anderen landwirtschaftlichen Produkten. Die deutschen Großhändler sind heute z. B. nicht in der Lage, in irgend einem deutschen Dorf mehrere Waggons Lepfel von der gleichen Beschaffenheit aufzuladen. Dasselbe kann auch im Grunde genommen über die deutsche Getreideproduktion gelöst werden. Schlimmer liegen die Dinge in der Fleischerzeugung. Der Verbrauch fordert heute das mit Fleisch und Speis nur leicht durchwühlene Fleischschwein. Der deutsche Landwirt hat sich aber immer noch nicht auf die veränderten Voraussetzungen des Marktes umgestellt. Dabei ist die Produktion des Fleischschweins bei weitem wirtschaftlicher. Wenn man die Preise für die drei Zentner schweren Schweine mit denen für zwei Zentner schweren vergleicht, dann findet man, dass ein Unterschied von einer Mark besteht. Für diese eine Mark müssten die deutschen Landwirte heute noch monatelang Bett auf die Schweine; d. h. sie arbeiten in unmenschlichem, wie man sich das nur denken kann. Man wird aber darüber nicht staunen, wenn man erfährt, dass in der Domäne des Reichslandbundes, in Ostpreußen, heute nicht weniger als 570 000 Hektar Kulturland vorhanden sind, die noch der Melioration bedürfen.

Ohne Zweifel müssen wir unsere landwirtschaftliche Produktion nach besten Kräften fördern, um unsere Handelsbilanz zu entlasten. Erforderlich ist aber, um unsere Landwirtschaft produktionstechnisch zu stärken, zu lagern, was not tut. Man handelt nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Landwirtschaft, wenn man diese Probleme zu einer politischen Hebe vorgewältigt, wie das die Hugenbergs-Presse tut.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtwiehmarktes.

hauptmarkt am 25. Januar 1928.

Der Rüstpreis betrug 1080 Rinder, 1088 Kalber, 865 Schafe, 2025 Schweine. Überstand vom vorigen Markt waren: 14 Rinder, 12 Kalber, 12 Schafe, 3518 Schweine.

Wochen Gesamtlaufzeit: 1118 Rinder, 1088 Kalber, 978 Schafe, 3518 Schweine. Es wurde gehabt.

I. Rinder. 1118 Stück 18r50 Kilogramm Lebendgewicht Markt

A. Ochsen: 144 Stück

a) vollstetige, ausgemästete jungen 52-54

b) jenseitige vollstetige Junges 52-54

c) steigende 59-44

d) geringe genährte 22-30

b) jüngere, vollstetige höchsten Schlachtwerts 52-56

c) jüngste vollstetige oder ausgemästete 41-48

d) steigende 25

e) gerina genährte 22-30

c) ältere genährte 52-56

d) jüngere vollstetige höchsten Schlachtwerts 46-50

e) jenseitige vollstetige oder ausgemästete 35-40

f) steigende 24-30

g) gerina genährte 18-20

D. Rinder (Rohrinen): 117 Stück

a) vollstetige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 62-66

b) vollstetige 41-46

c) steigende 25

IV. Kalber. 1088 Stück

a) Doppelter dicker Rücken 70-76

b) dicker Rücken und Saugkalber 60-66

c) Mittlere Rücken und Saugkalber 56-62

d) Geringsgradigster Rücken 40-46

V. Schafe. 3518 Stück

a) Stalhammel und jüngere Stalhammel 18r50 Kilogramm

b) Mittlere Stalhammel, ältere Stalhammel und gerinna genährte Schafe 55-58

c) Mefschiges Schafvieh 40-46

d) Geringgradigster Schafvieh 25

VI. Schweine. 3518 Stück

a) Rennschweine über 180 Pfund (2 Zentner) Lebendgewicht 57-58

b) vollstetige Schweine von ca. 200-300 Pfund Lebendgewicht 55-57

c) steigende 55-54

d) uner 45-50

e) Zauen 47-51

Die Preise sind Marktpreise für mittleren gewogenen Zustand. Bei jüngeren Spalten des Handels ab Stück für Stück Markt und Verkaufspreis. Umso höher ist der tatsächliche Gewichtsverlust als es möglichen ist, alle weiteren Gelehrten zu erkennen.

Am 31. Januar beginnt unser



AUSVERKAUF

10% Kassenrabatt

Gallerie
Kupferschmiede str. 42

Gedanken - Erinnerungen

Hilfsgesellschaft der Eisenbahner Deutschlands.
Am 24. Januar verstarb unser Verbandskollege,
der Pächter.

Max Oertel

vom Bw. Hbf., im Alter von 39 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung Sonnabend, nachmittag 3 Uhr, vom
Krematorium Grabischen aus.

Verband der Fahrzeughalter Deutschlands
Vorstand: Gottlieb Hartmann, Berliner Straße 100

Am 23. Januar 1928 verstarb unser Kollege

Paul Mandel

im Alter von 39 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 27. Januar 1928,
15½ Uhr, von der Leichenhalle in Carlowitz nach
dem Friedhof Carlowitz.

Verband der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter
Am Dienstag, den 24. Januar, verstarb plötzlich
unser Kollege

Karl Zirpel

im 50. Lebensjahr.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Breslau.
Beerdigung: Freitag, 27. Januar, nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Friedhofs Dürkoy.
Trauerhaus: Löschstr. 20.

Am 24. Januar verstarb unser langjähriger Mit-
arbeiter und Verbandskollege, der Bierfahrer

Karl Zirpel

im Alter von 49 Jahren.
Ein dauerndes Andenken wird ihm bewahren

Die Belegschaft
der C. Kipke Brauerei A.-G.

Beerdigung: Freitag, 27. Januar, nachm. 3 Uhr,
von der Halle des Bernhardin-Friedhofs in Dürkoy.

Sofierate erzielten in unserer Zeitung
den größten Erfolg!

Uhren und Goldwaren

Spezialität:

Fugenlose Trauringe

Paul Alter

Rupperschmidestr. 17
Ecke Schmiedestr. — Neben Hutschönfeld

1 Posten

Pfeifkörner	1.30 M
Fließe	12.00 M
Wolle	9.50 M
Wollseide	15.00 M
Pfeifzucker	1.50 M
Tulle	2.00 M
Pfeifzuckerlage	
Netzchenstraße 50 L	

Lederjachten

Leder-Kappen

zu jeder Qualität, sehr preiswert

Oskar Dehmel
Breslau, Neumarkt 45

Reife

in Zweig, Ritter, Steppen,
Wollsteine, Röcke, Kleider,
Leder-Jacke, Satteltasche

12-20 M. Preis 100 M.

25-50 M. Preis 100 M.

50-70 M. Preis 150 M.

80-100 M. Preis 200 M.

120-150 M. Preis 250 M.

180-200 M. Preis 300 M.

220-250 M. Preis 350 M.

280-300 M. Preis 400 M.

320-350 M. Preis 450 M.

380-400 M. Preis 500 M.

420-450 M. Preis 550 M.

480-500 M. Preis 600 M.

520-550 M. Preis 650 M.

580-600 M. Preis 700 M.

620-650 M. Preis 750 M.

680-700 M. Preis 800 M.

720-750 M. Preis 850 M.

780-800 M. Preis 900 M.

820-850 M. Preis 950 M.

880-900 M. Preis 1000 M.

920-950 M. Preis 1050 M.

980-1000 M. Preis 1100 M.

1020-1050 M. Preis 1150 M.

1080-1100 M. Preis 1200 M.

1120-1150 M. Preis 1250 M.

1180-1200 M. Preis 1300 M.

1220-1250 M. Preis 1350 M.

1280-1300 M. Preis 1400 M.

1320-1350 M. Preis 1450 M.

1380-1400 M. Preis 1500 M.

1420-1450 M. Preis 1550 M.

1480-1500 M. Preis 1600 M.

1520-1550 M. Preis 1650 M.

1580-1600 M. Preis 1700 M.

1620-1650 M. Preis 1750 M.

1680-1700 M. Preis 1800 M.

1720-1750 M. Preis 1850 M.

1780-1800 M. Preis 1900 M.

1820-1850 M. Preis 1950 M.

1880-1900 M. Preis 2000 M.

1920-1950 M. Preis 2050 M.

1980-2000 M. Preis 2100 M.

2020-2050 M. Preis 2150 M.

2080-2100 M. Preis 2200 M.

2120-2150 M. Preis 2250 M.

2180-2200 M. Preis 2300 M.

2220-2250 M. Preis 2350 M.

2280-2300 M. Preis 2400 M.

2320-2350 M. Preis 2450 M.

2380-2400 M. Preis 2500 M.

2420-2450 M. Preis 2550 M.

2480-2500 M. Preis 2600 M.

2520-2550 M. Preis 2650 M.

2580-2600 M. Preis 2700 M.

2620-2650 M. Preis 2750 M.

2680-2700 M. Preis 2800 M.

2720-2750 M. Preis 2850 M.

2780-2800 M. Preis 2900 M.

2820-2850 M. Preis 2950 M.

2880-2900 M. Preis 3000 M.

2920-2950 M. Preis 3050 M.

2980-3000 M. Preis 3100 M.

3020-3050 M. Preis 3150 M.

3080-3100 M. Preis 3200 M.

3120-3150 M. Preis 3250 M.

3180-3200 M. Preis 3300 M.

3220-3250 M. Preis 3350 M.

3280-3300 M. Preis 3400 M.

3320-3350 M. Preis 3450 M.

3380-3400 M. Preis 3500 M.

3420-3450 M. Preis 3550 M.

3480-3500 M. Preis 3600 M.

3520-3550 M. Preis 3650 M.

3580-3600 M. Preis 3700 M.

3620-3650 M. Preis 3750 M.

3680-3700 M. Preis 3800 M.

3720-3750 M. Preis 3850 M.

3780-3800 M. Preis 3900 M.

3820-3850 M. Preis 3950 M.

3880-3900 M. Preis 4000 M.

3920-3950 M. Preis 4050 M.

3980-4000 M. Preis 4100 M.

4020-4050 M. Preis 4150 M.

4080-4100 M. Preis 4200 M.

4120-4150 M. Preis 4250 M.

4180-4200 M. Preis 4300 M.

4220-4250 M. Preis 4350 M.

4280-4300 M. Preis 4400 M.

4320-4350 M. Preis 4450 M.

4380-4400 M. Preis 4500 M.

4420-4450 M. Preis 4550 M.

4480-4500 M. Preis 4600 M.

4520-4550 M. Preis 4650 M.

4580-4600 M. Preis 4700 M.

4620-4650 M. Preis 4750 M.

4680-4700 M. Preis 4800 M.

4720-4750 M. Preis 4850 M.

4780-4800 M. Preis 4900 M.

4820-4850 M. Preis 4950 M.

4880-4900 M. Preis 5000 M.

4920-4950 M. Preis 5050 M.

4980-5000 M. Preis 5100 M.

5020-5050 M. Preis 5150 M.

5080-5100 M. Preis 5200 M.

5120-5150 M. Preis 5250 M.

5180-5200 M. Preis 5300 M.

5220-5250 M. Preis 5350 M.

5280-5300 M. Preis 5400 M.

5320-5350 M. Preis 5450 M.

5380-5400 M. Preis 5500 M.

5420-5450 M. Preis 5550 M.

5480-5500 M. Preis 5600 M.

5520-5550 M. Preis 5650 M.

5580-5600 M. Preis 5700 M.